

# Der Gertel-Arbeiter

# Vereinzelt seid Ihr nichts. Vereinigt Alles!

# Organ des Verbandes Deutscher Tertiärarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr  
4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post  
das Bestellgeld hinzukommt.

**Redaktion und Expedition:  
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 II  
Telephon: Elmt VII, Nr. 1076.**

Inserate pro 3 gespaltene Petitzelle 2 M., Arbeitsmarkt 50 Pf.  
Alle Inseraten-, Abonnement- und Verbandsgelder sind an  
Otto Sehmss, Berlin O. 27, Andreasstr. 61<sup>II</sup>, zu richten.

Auflage: 109000 Exemplare

## Inhalt:

Aus dem Kriegslager der Textilindustriellen (I). — Zur Bewegung der Berliner Murbelstickerarbeiter. — Lassalle und seine Bedeutung für die Arbeiterklasse. — Zunahme der Zahl der jugendlichen Arbeiter in Bayern. — Zur Lage der Arbeiter in den Spinnereien Hofs. — Christlich organisierte Arbeiter als Lokalabtreiber. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Von der Agitation. — Politische Nachrichten — Soziales. — Gerichtliches. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus Handel und Industrie. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Posamentierer-Konferenz. — Totenliste. — Streithallatfel. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Feuilleton: Fachgewerbliche Mundschau. — Wirtschaftliche Mundschau.

# Aus dem Kriegslager der Textilindustriellen.

für eine sich im Kampfe befindliche Organisation ist es immer von Vorteil, zu wissen, mit welchen Absichten sich der Kampfgegner trügt, welche Operationen er vorzunehmen gedenkt und welche Mitteln er von den Operationen abzuleiten beabsichtigt. Sie vermittelnd diese Absichten des Gegners erleichtert die eigenen Operationen und beschafft darüber es gewiß unsre Mitglieder begründet, wenn wir sie in den kleinen Kriegsrat der organisierten Fechtlinie einzuladen einführen und sie an dessen Verhandlungen teilnehmen lassen.

ein führen und sie an dessen Verhandlungen teilnehmen lassen. Es war am 28. Juni 1907, als in Berlin, im Hotel de Russie, die vierte Hauptversammlung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Textilindustrie stattfand. Es wird zunächst interessant sein, zu wissen, wer alles zu diesem Unternehmerverbande gehört; die nachfolgende Aufstellung gibt darüber Auskunft. Nach der offiziellen Anwesenheitsliste gehören zu dem Arbeitgeberverbande der deutschen Textilindustrie:

- hören zu dem Arbeitgeberverbande der deutschen Textilindustrie:

  1. der Arbeitgeberverband der linksrheinischen Textilindustrie;
  2. der Arbeitgeberverband der Textilindustrie von Berlin und Umgegend;
  3. der Arbeitgeberverband der Textilindustrie in Bielefeld;
  4. der Arbeitgeberverband deutscher Textilindustrieller;
  5. der Verband schlesischer Textilindustrieller;
  6. der Verband von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie;
  7. der Arbeitgeberverband der rheinischen Seidentextilindustrie;
  8. der Arbeitgeberverband der Lausitzer Textilindustrie;
  9. der Verband sächsisch-thüringischer Webereien;
  10. der Verein der Textilindustriellen von M. Gladbach und Umgegend;
  11. der Verband Münsterländischer Textilindustrieller;
  12. der Verband von Webereibesitzern in Rheindorf;
  13. die Spinnereivereinigung in Rheindorf;
  14. die Hannoversche Baumwollspinnerei und Weberei in Hannover-Bindern, als Einzel-firma.

Insgesamt umfasst der Verband eine Unternehmerschaft, welche über 300 000 Arbeiter beschäftigt. Es mag jedoch gleich hier mit bemerkt werden, daß der Unternehmerverband eine sehr rege Werbetätigkeit entfaltet. Es wurde in den Verhandlungen mehrmals betont, daß diese Werbetätigkeit zurzeit mit die vornehmste Aufgabe des Verbandes sei, um möglichst bald alle Unternehmer in demselben zu vereinigen. Am Laufe des letzten Jahres sind wieder eine Reihe Unternehmer für den Eintritt geneigt geworden.

Die Unternehmer der Textilgruppen in Mühlhausen in Thüringen, Apolda, Fulda, Hersfeld (Sellen), Walde (Soale), Rheine in Westfalen, Remagen (Rheinland), Bildweiler i. S. der Färberei- und Druckereiindustrie in Sachsen-Thüringen, der Garbenenbrände in Berlin, der Textilindustrie des bergischen Bezirks (Wormen-Gilberfeld).

Verhandlungen halten. In der Hauptsache drehten sich die Verhandlungen um folgende Punkte:

1. die Frage, in welcher Form bei Streitigkeiten mit den Arbeitern verhandelt werden soll;
  2. die Frage der Lohntarife und Tarifgemeinschaften;
  3. wie die Sperre der Betriebe für streikende Arbeiter am wirksamsten durchgeführt werden könnte;
  4. die Verkürzung der Arbeitszeit;
  5. die Streikversicherung.

Was die Verhandlungsfrage bei Streitigkeiten mit den Arbeitern anbetrifft, so gingen in der Debatte die Meinungen darüber, ob es zweckmäßig sei, mit den Gewerkschaften zu verhandeln, oder nicht. Aus dem Geschäftsbericht des Verbandspräsidenten, Herrn Dr. Lehmann Lehmanna in Nachen ging ebenfalls hervor, daß es die Unternehmer höchst ungern empfinden, daß wegen der Verhandlungsfrage, dadurch daß es die Unternehmer vielfach ablehnen, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln, die hartnäckigen Konflikte entstehen. Er sagte nämlich, daß im Bereich der Bestrebungen der Arbeitgeberverbände der Wunsch Lage, die recht unangenehme Sachlage aus der Welt zu schaffen, die angeblich darin bestehen soll, daß die Gewerkschaften in ihrer bezirksweise ganz verschiedenen Zusammensetzung als geeignete Verhandlungsinstanzen nicht erachtet werden könnten, da mit ihren Vertretern getroffene Vereinbarungen von ihnen unter Umständen nicht gehalten werden seien. Die Erklärung stand sehr gewunden und Herr Lehmann unterstrich es auch, konkrete Fälle, welche diese Erklärung hätten stützen können, anzugeben. Was unsere Organisation betrifft, so kann auf sie der Einwand des Herrn Lehmann nicht zutreffen, denn hier wird streng darauf gehalten, daß von den Arbeitern die Vereinbarungen gehalten werden, und sind erfreulich regelmäßige Lagen wieder eingetreten gezeigt worden, welche beweisen, daß die Mitglieder die Vereinbarungen die sie unter Mitwirkung der Organisation in den Unternehmen eingegangen sind, auch einhalten. Beider könnten wir dasselbe nicht von den Unternehmern sagen. Hier könnten wir diese Beweise dafür erbringen, daß in den meisten Fällen, wo die Unternehmer, der Not gehorchend und nicht aus eigenem Antrieb, Vereinbarungen mit den Arbeitern eingingen, diese Unternehmer, sobald die professionelle Arbeit fertig war, die Abmachungen brachen und jene Arbeiter maßregelten, welche sie zur Einhaltung der Abmachungen ermahnten. Wenn sich unter solchen Umständen die Arbeiter dann auch nicht mehr an die Vereinbarungen halten, so ist das wohl zu verstehen. Würden die Unternehmer ihren „Herrendunkel“ aufgeben, würden sie wirklich, wie Herr Dr. Lehmann sagte, Realpolitiker sein, dann würden sie selbst mit danach streben müssen dem Vorbild in der Verhandlungsfrage in den englischen Textilindustrie näher zu kommen. Herr Lehmann führte ja aus der Schrift des Herrn Dr. W. Bimmermann: „Gewöhnliches Einigungswesen in England und Schottland“ an, welchen Standpunkt die englischen Textilarbeiter bei dem Abschluß von Lohntarifgemeinschaften einzunehmen. Danach stehen die englischen Textilarbeiter auf dem Standpunkt, auf dem auch die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands steht, nämlich, daß die Arbeitslöhne die Verkaufspreise und nicht die Verkaufspreise die Arbeitslöhne bestimmen müssen. Auf dieser Grundlage kommen in England die Vereinbarungen im Arbeitsverhältnis zustande, und darum werden sie auch von beiden Seiten eingehalten. Gewiss, diese Entwicklung der Einigungswesen

Händen behalten müsse, und die Auffassung der anwesenden Unternehmer ging dahin, ein solches Schiedsgerichtsverfahren, wie es bei Disputen zwischen Arbeitern und Unternehmern in England besteht, in Deutschland nicht lebensfähig werden zu lassen. Andessen selbst Herr Kommerzienrat Dietel-Gosmannsdorf müsste zugestehen, daß auch bei uns die Zeit kommen würde, in welcher auch mit genügend bevollmächtigten Vertretern der Gewerkschaften verhandelt werden könnte. Das ist ganz unsere Meinung; ja, wir sagen, daß die Frage, ob die Unternehmer mit den Organisationen der Arbeiter verhandeln wollen oder nicht, weniger von den Unternehmern wie von den Arbeitern abhängig ist. Wenn die Arbeiter aus den Worten des Herrn Dr. Lehmann die richtige Lehre ziehen, wenn sie sich immer ver gegenwärtigen, daß dieser Unternehmershundius sagte, daß die Unternehmer deshalb keine Tarifverträge mit den Arbeitern eingehen, weil die Arbeiter nicht alle organisiert seien; verdröppeln die Arbeiter ihren Organisationsfeind und stärken sie ihre Kriegsklasse, dann wird der Zeitpunkt, den der Herr Kommerzienrat Dietel-Gosmannsdorf herankommen sieht, gar schnell herangekommen sein. Lebzigens wurde schon auf dieser Hauptversammlung zugegeben, daß es jetzt schon Gegenenden gibt, wo man mit den Vertretern der Organisation verhandeln muß.

Herr Franz Abellis-Forst war es, der sagte, daß der Verband in der Verhandlungsfrage keine Zwangsbestimmungen festsetzen könne; denn er könne Bezirke, die im Gegensatz zu anderen mit den Gewerkschaften verhandelt hätten und verhandeln wollten, nicht hieran verhindern wollen. Und Herr Adolf Dr. Welker-M.-Gladbach zeigte, daß durch die Verhandlungen mit den Gewerkschaften doch manche Schwierigkeiten aus der Welt geschafft werden könnten. Herr Kommerzienrat Stark, derstellvertretende Vorsitzende, hatte aber vorher seiner Ansicht dahin Ausdruck gegeben, daß wohl der richtige Standpunkt immer noch der sei, nur mit den eigenen Arbeiterschaft über etwaige Vorgründen zu verhandeln und, so lange die Gewerkschaften keine bindenden Zusagen für Einhaltung der getroffenen Abmachungen zu geben vermöchten, Verhandlungen mit diesen Personen abzulehnen. In dieser selben Herbe hieß auch der Vertreter der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, Herr Regierungsrat Professor Dr. Leidig-Berlin, Nur ausnahmsweise soll es, wenn es in einem bestimmten Bezirk die Taktik gebietet, gestattet sein, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Aber der Herr Regierungsrat hält es vom Unternehmerstandpunkt aus für unerlässlich, daß dieser Aufnahmearaum zur Regel erhoben wird. Also nur, wo es die Taktik gebietet, d. h. auf gut deutsch, wo die Arbeiterorganisationen so kräftig sind, daß ein Rümpfen mit ihnen große Opfer erfordern würde, dort soll mit den Gewerkschaften verhandelt werden; im anderen Falle nur mit den eigenen Arbeitern. In diesem Sinne votierte denn auch die Versammlung und wurden bindende Entschließungen nicht gefasst. Die Versammlung hielt es indessen für zweckmäßig, in der Verhandlungsfrage allgemeine, wenn auch unverbindliche Richtlinien zur Vorlage zu bringen. Wie diese Richtlinien ausschauen werden, das ist aus dem vorstehenden schon ersichtlich. Es soll insbesondere durch diese, auf den bisherigen Erfahrungen beruhenden Richtlinien vermieden werden, daß taktische Fehler bei der Behandlung von Arbeiteransprüchen gemacht werden. Für die Arbeiter ist das nicht von Bedeutung; für sie kommt nur in Betracht, um es mir übersichtlich zuwerben, um in allen Gebieten Deutschlands die Organisation auf eine Höhe zu bringen, daß sie sich schon allein durch ihre Stärke ihre Anerkennung bei den Unternehmern und ihren Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse verschafft.

Wir sagten schon weiter oben, daß die von Herrn Dr. Lehmann angeführten Gründe für die Abneigung der Unternehmer, mit den Vertretern der Gewerkschaften zu verhandeln, und mit den Gewerkschaften Tarifgemeinschaften einzugehen, weder stichhaltig noch erschöpfend seien. Wenn die Unternehmer in der Ablehnung von Tarifgemeinschaften einig sind, so führt diese Einigkeit nicht auf prinzipiellen, sondern auf tatsächlichen Gründen. Die Unternehmer wissen, daß durch den Abschluß von Tarifverträgen ihrer blindwütigen Aussperrungstaktik ein Riegel vorgeschoben würde. Ihre Aktionsfähigkeit würde eingeschränkt werden, und deshalb kommen sie mit der sadenscheinigen Behauptung der Unzulässigkeit der Gewerkschaften. Auf der anderen Seite aber liebäugeln die Unternehmer mit Einrichtungen, welche auch nicht die geringste Garantie für Einhaltung der Abmachungen aufzuweisen haben. Man trägt sich nämlich mit dem Gedanken, solche Verhandlungskommissionen zu schaffen, wie sie der Metallindustriellenverband geplant hat. Durch ein ganz kompliziertes Wahlverfahren, durch welches jedes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter geradezu aufgehoben wird, soll für einen bestimmten Bezirk eine sogenannte Verhandlungskommission gewählt werden, welche, außerhalb der Gewerkschaften stehend, in für die Arbeiter verbindlicher Weise Abmachungen mit den Unternehmen eingehen soll. Es braucht nicht vieler Worte, um zu sagen, daß sich die Gewerkschaften den Teufel um solche Abmachungen kümmern würden, und die „Verhandlungskommission“ hat nicht die geringste Handhabe, die Einhaltung der Abmachungen zu garantieren. Die einzige Vertreterin der Arbeiter, berufen zu solchen Verhandlungen, das ist die gewerkschaftliche Organisation; und es wird erst Friede im Berufe herstellen, wenn die Unternehmer diese Selbstverständlichkeit nicht mehr bestreiten werden. Freilich gehört dazu auch etwas mehr. Dazu gehört vor allen Dingen die Anerkennung jenes Grundsatzes der englischen Textilarbeiter, daß sich die Verkaufspreise nach den Arbeitstönen und nicht die Arbeitstönen nach den Marktpreisen richten müssen. Das Unternehmertum in Deutschland steht heute noch auf dem den englischen Textilarbeitern entgegengesetzten Standpunkte. Beschlöß doch am 5. November 1905 der Abschluß des Betriebsverbandes deutscher Industrieller in Berlin, daß dem Arbeitgeber im Hinblick auf die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und die Wehrsfähig-  
keit



verteidigte er dort das Recht auf Revolution in einer nie gehörten Weise, so daß die Geschworenen ihn freisprachen.

Aber das Urteil wurde falliert, und das Auktionsgericht, vor das er jetzt gestellt wurde, urteilte besser den höheren Wünschen entsprechend und verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis, die er in Düsseldorf verbüßte. Als Lassalle das Gefängnis verließ, war der Volkssturm gebrochen. Die Zeit der sogenannten Reaction füllte er wieder aus mit einem Studium, und in diesen Jahren erschien sein großes Werk: "Das System der erworbenen Rechte". Doch im Jahre 1859, als von Frankreich und Spanien hervorragend, wieder die Flammen der Unzufriedenheit und Empörung aufzogten, da trat Lassalle mit Marx und Engels in Verbindung, und Lassalles Name wurde wieder in den Vordergrund des politischen Kampfes gerückt, um nicht mehr daraus zu verschwinden. Es kam die Zeit der sogenannten Konfliktperiode; Bismarck, dem man die Mittel zur sogenannten Heeresreorganisation verweigert hatte, erklärte unbekümmert darum ohne Budget. Und die damaligen Liberalen (Fortschrittspartei und Demokraten) wußten darauf mit nichts anderem zu erwähnen, als mit schwächeren Resolutionen und papierenen Projekten, worüber eine Regierung, die den Standpunkt vertritt: "wo die Macht ist, da ist das Recht", selbstverständlich zur Tagesordnung übergeht. Lassalle stellte die ganze Wachslappigkeit der Liberalen, das ganze lächerliche Schauen der Fortschrittspartei, in einer Brochüre: "Was nun?" an den Pranger, wodurch er sich die Freundschaft der Führer der Fortschrittspartei, Franz Dunder u. a. endgültig zuzog. Zu dieser seit 1849 sich steigernden politischen Reaction kam eine ungeheure wirtschaftliche Depression, die seit 1857 in eine vollständige Weltkrise ausartete. Ein dumpfer Druck lagerte auf der Arbeiterschaft, die vom Liberalismus um die Hoffnungen der Märzrevolution betrogen war, Geldfaß und Altar herrschte, neben dem Unternehmer stellte sich der Kapital. Der theoretische Sozialismus eines Marx und Engels war noch nicht Gegenut der Arbeiterschaft geworden, sozialistische Erkenntnis fehlte ihnen, sie schwamm im Kahnwasser der Fortschrittspartei, deren Führer Schulze-Delitzsch, die soziale Frage mit Genossenschaftswesen, Konsumvereinen und Bildungs- schulden lösen wollte.

Dann kam zur Belebung die Weltausstellung in London, und aus Mitteln der schon erwähnten Bildungsvereine und der Regierung wurden auch deutsche Arbeiter dorthin geschickt, um die Weltausstellung zu sehen und neue Anregungen zu empfangen. Die Arbeiter sahen aber nicht nur die fertigen Produkte, sondern auch die weitauß bessere Lage der englischen Arbeiterschaft. Und es fiel ihnen wie Schuppen von den Augen, als sie sahen, wie die englischen Arbeiter mit ihren Trades-Unions sich eine ganz andere Position erobert hatten. Die Arbeiter kamen zurück und stellten an die demokratische Fortschrittspartei Forderungen: sie wollten Selbständigkeit, Arbeiterschule, allgemeines und gleiches Wahlrecht. Das hatte die Fortschrittspartei nicht erwartet; die Not im Fortschrittslager wurde groß. Verwüstete man den Arbeitern ihre Forderungen, dann ging es gegen das geheiligte Kapital; verweigerte man ihnen dieselben, dann drohte der Verlust der Arbeiterschaft. Als vorläufiger Ausweg wurde den Arbeitern ein Arbeitertagessatz zugestanden, auf dem sie ihre Forderungen vorbringen konnten und ihnen versprochen, einige ihrer Forderungen in das demokratische Programm aufzunehmen. Doch mittlerweise hatte sich die Situation schon verändert. In den Leipziger Bildungsverein war Bebel als junger Drechslergeselle eingetreten, wo er sehr bald den Anschluß an die nachmaligen sozialistischen Abgeordneten Bahlmann und Kritis fand. Diese sehten es durch, daß eine neue Delegation mit viel schärferen Forderungen nach Berlin zum Kongreß gesandt wurde, und dort wurden sie platt abgelehnt. Das war die Situation, aus der heraus der Ruf aus der Arbeiterschaft an Lassalle erging. Schon 1862 hatte er in einer Versammlung vor Berliner Maschinenauchtern den Aufspruch gelesen: "Die Arbeiterschaft ist der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut wird!" Jetzt rief ihn die Leipziger Arbeiterschaft nach dort, und von da aus richtete er sein berühmtes "Offenes Antwortschreiben" an die Öffentlichkeit, in welchen er die volle politische Selbständigkeit der Arbeiterklasse verlangt, allgemeines Wahlrecht zur Eröffnung der politischen Macht und der Staatsgewalt, Einrichtung von Produktionsgenossenschaften mit Staatsredit. — Ein solches Programm bot ja die Aussicht, den ganzen kapitalistischen Staat in Trümmer zu schlagen, und ein Schrei der Angst und Entrüstung ging durch die ganze Ordnungsmeute. Die Fortschrittspartei rief in allen größeren Städten Versammlungen ein, wo sie gegen Lassalle agitierte und ein Gerücht von seinen Bestrebungen gab. Aber Lassalle ließ sich nicht ins Hintertreffen stellen. Er ging selbst nach Frankfurt, sprach in einer vierstündigen

Rede zur Arbeiterschaft und siegte in zweitägiger Riedeschlacht vollständig über seinen Gegner.

Das war im März 1863; im Mai fand schon die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins statt, und damit schlug die Geburtsstunde für die sozialdemokratische Arbeiterorganisation, die sich schnell über die größeren Städte verbreitete. Die größten Triumphe hat Lassalle im Rheinland, in Düsseldorf, Solingen, Monschau usw. gefeiert. Nieberall hat er das Hand getroffen, wofür die Arbeiter an die bürgerlichen Parteien feststeht, und das höchste Verdienst Lassalles liegt wohl darin, daß er der Arbeiterklasse das politische Selbständigkeitssbewußtsein und die Überzeugung von ihrem Rechte an das ganze Produkt ihrer Arbeit beigebracht hat. Mit dieser Überzeugung stand und steht die deutsche Arbeiterschaft an politischer Stelle weit über der englischen Arbeiterschaft, trotz deren 50 Jahre älteren Organisation. In Deutschland war es nach dem Aufstehen Lassalles unmöglich, daß die Arbeiterbewegung in die Saatglocke einsichtiger gewerkschaftlicher und wirtschaftlicher Bewegung sich vertraute. Mit der praktischen Organisationsarbeit Lassalles war erst verwirklicht, was Marx und Engels schon 1847 schrieben: "Die Befreiung der Arbeiterklasse ist in leichter Linie ein politischer Kampf; es ist ein Kampf um die politische Macht."

Die Lassalle'sche Bewegung hat selbstverständlich mit tausenderlei Auseinandersetzungen zu kämpfen gehabt, und je mehr der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein wuchs, desto gewaltiger wurden auch die Schikanen und Bedrohungen. Das bewog ihn immer und immer wieder, selbst die Leitung in der Hand zu behalten, doch die ständige Spannung rieb ihn auf, so daß er schließlich zu einem Erholungsausflug das Ausland aufsuchen mußte.

Aber auch Lassalle, dieser hochbedeutende Mann hatte menschliche Schwächen, und so ereilte ihn der Tod ohne Zusammenhang mit der Bewegung, ganz abseits von den großen Zielen, die er sich gestellt hatte.

Schon als Mann in reisen Jahren lernte er ein junges Weib kennen, das ihn verriet an einen Menschen, der geistig tief unter Lassalle stand. Das brachte ihn derart außer sich, daß er ihn herausforderte, und im Duell ist er der Siegel seines Gegners erlegen. Das war nicht ein Tod, wie wir deutschen Arbeiter ihn gewünscht hätten, nicht das Sterben eines Liebsteins, eines Auer, die mitten aus der Arbeit hinweggerissen wurden. Aber wir werden nicht richten . . .

Wäre uns die Kraft und der alles umfassende Geist Lassalles noch ein Jahrzehnt erhalten geblieben, so wären uns wahrscheinlich die Bruderkämpfe innerhalb unserer eigenen Reihen erspart geblieben. Lassalle hätte sicher mit Marx und Engels und den nachgebenden Führern der Partei eine Vereinigung erzielt, und die Gründung der Eisenacher 1869 wäre unterblieben. Aber heute liegt das hinter uns, und wenn wir das Andenken unseres großen Toten ehren, so wollen wir nicht traurig um Verlorene weinen, sondern in seinem Geiste und mit seinem Feuergeist weiter bauen, bis sein Werk erfüllt ist: Die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus.

Wr.  
aber immer noch recht erheblich; 1560 (1863) waren Verfehlungen gegen Anzeigen, Verzeichnisse, Aushänge und 1411 (1905) Verfehlungen gegen die Arbeitsbücher.

In 49 (52) Fällen wurde gegen § 125 Abs. 1 der G.-O. (Abschluß der Kinder von der Beschäftigung) geahndet, in 413 (513) Fällen wurden junge Leute und in 218 (212) Fällen wurden Kinder widerechtlich zu lange beschäftigt. In 36 (62) Fällen wurden Verfehlungen gegen die Bestimmungen betreffend Nacharbeit und in 27 (45) Fällen solche gegen die Bestimmungen betreffend die Beschäftigung am Sonn- und Festtagen festgestellt. Vergehen hinsichtlich der Beschäftigung am Sonn- und Festtagen führt der Betrieb in jedem, wie im Vorjahr, vielfach in Siegeln und Konkurrenzbetrieben vor. In Oberbayern sind die Vergehen bezüglich Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Siegeln insoweit energisch eingeschritten, daß die Arbeiterschaft in die Gewerbeaufsichtsbeamten in den letzten Jahren erheblich eingedrungen ist. Das hat aber zu dem Ertrag der Allordanturen geführt — wenn die Vermutung des Berichts richtig ist — die jungen italienischen Arbeiter nicht etwa in geringerer Zahl mit nach Bayern zu nehmen, sondern sie in Betrieben unterzubringen, wo die Kontrolle vermutlich keine so strenge ist.

Nach den Berichten werden, wie überall, auch in Bayern die Bestimmungen des Kinderschutzes der Bevölkerung nur sehr langsam bekannt. Um sie wirksamer zu machen, hat in jeder Schulklassenzelle der Volksschule der Klassenlehrer bald nach Beginn eines jeden Schuljahrs in geeigneter Form eine Umfrage bei den Kindern zu halten, um festzustellen, welche Kinder bei Fremden oder zu Hause gewerblich beschäftigt werden. In München waren nach der Nachfrage in sämtlichen Volksschulen im ganzen 1818 Kinder gewerblich tätig = 26 Proz. der 61 738 Münchner Volksschulkinder der ersten bis siebten Klasse.

Ein Vergleich des Ergebnisses dieser Schulumfrage mit dem Ergebnis einer von der Schulkommission München im Jahre 1864 veranstalteten Erhebung ergibt jedoch immerhin eine Übereinstimmung der gewerblichen Kinderbeschäftigung als Wirkung des Kinderschutzes. Nach dem Bericht sind diese Schulumfragen trotz mancher Übertriebungen und zweifellos unrichtiger Angaben eines Teils der Kinder und trotz der Zurückhaltung eines anderen Teils derelassen von hohem Wert, da sie einerseits den Polizeibehörden und revidierenden Organen wertvolle Fingerzeuge zu Kontrollen und Anhaltspunkten zu weiterem Vorgehen geben, andererseits die Tatsache, daß alljährlich solche Umfragen stattfinden und im Anschluß daran weitere Nachforschungen zu gewährleisten sind, manche Eltern und Arbeitgeber von gewerblicher oder wenigstens vorbotener gewerblicher Beschäftigung der Kinder abhält. Die in München angestellten Schulumfragen ergaben, daß die weitauß größte Zahl der gewerblich tätigen Kinder beim Ausstragen von Brot, Milch, Zeitungen, sonstige Waren und zu Botengängen verwendet wird. Zum Regelmaßnahmen wurden 118 vollschulpflichtige Kinder verwendet, zur Heimarbeit wie Tütenleben, Bäckereizichen, Blumenmachen, Bäckerei, Zündholzschachtelnachen, Zigarettenmachen 78 Kinder, zu Blumen, Gemüse, Obst, Zündholzlaufen bzw. Hausräumen 23; zu Theatervorstellungen mit Gräfinnis 24, zu Holzmacher, Töpf- und Siegelerbeiter 16, in Gastr. und Schauwirtschaften 13, zum Raddrehen beim Seilspinnen 4, zur Weihküche in der Werkstatt des Vaters 41 usw. Die hohe Zahl der zum Regelmaßnahmen verwendeten Kinder verdient nach dem Bericht besondere Beachtung, weil es sich hier nicht um verbotene und überlangen Sonn- und Festtagsarbeit und vielfach um noch nicht 10 Jahre alte Kinder handelt.

Einen breiten Raum nimmt die Kinderarbeit in der 20 000 Menschen umfassenden Hausindustrie Oberfrankens ein. Auf die Mithilfe der Kinder kann namentlich da nicht verzichtet werden, wo die Hausindustrie die einzige oder doch die Hauptverbausquelle bildet. Es trifft dies hauptsächlich zu für die Perteneinfädelci (Stadt und Bezirk Bayreuth), die Weberei einschließlich Spülerei, Tücherläpperei und Fransendreherei (Bezirk Hof, Kaita, Mühlberg, Stadtsteinach), die Mastendrädererei (Bezirk Teuschnitz) und die Korbmacherei, Weidenäschlererei und Strohblecherei (Bezirk Lichtenfels). Doch auch in den meisten anderen Hausindustriezweigen Oberfrankens, wie in der Perlenbläserei (Bezirk Teuschnitz), in der Schieferfajel- und Grifselmadererei (Bezirk Teuschnitz), bei der Kindergeschirrverarbeitung (Bezirk Teuschnitz), bei der Blechspielwarenverarbeitung (Bezirk Ebermannstadt), sowie in der Näherei, Zieherei, Weiß- und Kunststofferei, Filznlädererei (Bezirk Hof, Kaita, Stadtsteinach) ist die Kinderbeschäftigung ausgeprägt. Geschicht diese auch vielfach in einer den jugendlichen Kräften angepaßten Weise, so sind vielerorts

diesen Firmen haben noch eine Reihe andere Erweiterungsbauten vorgenommen. — Die Deckenweberei von Fröhlich & Comp., die in Leichtenstein-Collenberg eine Anzahl Handwerker beschäftigt und seit einigen Jahren in Glaucau eine gepachtete mechanische Weberei hat, verlegt ihren mechanischen Betrieb nach Leichtenstein-Collenberg. Die hier neu erbaute Fabrik ist bald fertiggestellt und bietet Platz für ungefähr 100 mechanische breite Deckenwebstühle. — In Italien, und zwar in Norrra, wurde eine große Baumwollspinnerei und -Weberei unter dem Namen „Contonificio Pozzi“ gegründet. Das Aktienkapital, welches sich auf zwei Millionen lire beläuft, soll auf sechs Millionen lire erhöht werden. — In Westereze in Ungarn wird mit dem Bau einer Fabrik begonnen, in welcher 40 000 Spindeln und 400 Webstühle zur Aufstellung kommen.

**Wirtschaftliche Rundschau.**

Neue kritische Zwischenfälle in den Vereinigten Staaten — Die Rückwirkungen auf England und Deutschland — Stand der Reichsbank — Allgemeines — Der Getreidemarkt.

Seit den letzten Berichterstattung sind diesmal drei Wochen verstrichen. Dadurch ist es möglich geworden, eine abermalige kritische Episode, die anfangs die bedenkliche Ausdehnung und die verdeckte Kraft gewinnen zu wollen schien, bis zu ihrem vorläufigen, leidlich befriedigenden Abschluß darzustellen. Über die Frage hat sich doch überall aufgedrängt: ob selbst die stärkste wirtschaftliche Konstitution diese immer wiederkehrenden Katastrophenfälle noch lange vertragen kann und ob sich hinter der zunehmenden Häufung der krisenhaften Erschütterungen an der Oberfläche — vor allem an den Börsen und auf dem Geldmarkt — nicht ein viel tieferliegender Wirtschaftsumschlag ankündigt.

Die letztere bildeten auch diesmal die Vereinigten Staaten von Amerika. In Wallstreet, an der New-Yorker Börse, übertraf

die von Mitte August der Zusammenbruch von Eisenbahn- und Industriewerten und dazu noch von verschiedenen wichtigen Rohstoff- und Metallpreisen weitaus die vorangegangene Märkte. Mag sein, daß die verhöhten Lustgewaltigen, durch das Urteil gegen den Petroleumkönig stolz geworden, ihren politischen Widerläufern eine Lektion erteilen und dadurch den Antitruststreit von vornherein lähmen und diskreditieren wollten. Aber wie wir oft betonten: das Gelingen solcher gewagter Handstreiche der Großfinanz steht stets einer für die Börsen schon vorbereiteten Böden voraus. Der Beunruhigungs- und Krisenfallzusammenhang muß, wenn er fortwähren und gedeihen soll, einen schon geschwächten und beschädigten Wirtschaftskörper vorfinden. Der Kurswechsel legte am Montag, den 5. August, ein, allerdings nicht am ersten Geschäftstage nach der Bekündigung der Standard Oil-Großfirma von über 20 Millionen Dollar. Binnen vier Tagen hatten die meist beobachteten Papiere 12 bis 16 Points verloren, viele minderbedeutende Werte wurden von einem noch viel stärkeren Kursabgang heimgesucht. Die Börsen verweigerten mehr als

je eine reichlichere Kredithilfe. Ihre Reserven waren für diesen Zeitpunkt verhältnismäßig schwächer wie jemals seit 1893, und die großen Geldanforderungen der Innestaaten im Westen und Süden zur Umsetzung und Fortbewegung der Getreide- und Baumwollernten hatten soeben begonnen. Durch sogenannte Finanzwechsel europäisches Edelmetall heranziehen, schien, im Gegensatz zum vorigen Jahre, ausgeschlossen. Im Gegenteil: bei seiner eigenen Geldnappheit und Gefährdung kündigte Europa mehr und mehr die früher eingeräumten Kredite; amerikanische Effekte wandern massenhaft wieder von Europa nach den Vereinigten Staaten zurück, so daß gerade in der entscheidenden Zeit die amerikanischen Banken eher mit einem Rückfluß von Gold nach London, Berlin und Paris zu rechnen hatten. Daß auf das Beispiel Englands nicht wieder zu rechnen war, befürchtete die Bank von England am 15. August deutlich durch die Hinausschiebung ihres Binsfuß von 4 auf 4½ Proz. Die übrigen großen europäischen Centralbanken hatten schon einen sehr hohen Binsfuß; zum Überfluß kündigten sie ganz energisch an, daß sie allen beträchtlicheren Goldabströmungen nach New York gleichfalls mit weiteren Diskont erhöhung begegnen würden. Als Nettet in der Not blieb daher nur der Washingtoner Schatzkoffer Cortelou, der den Nationalbanken der wichtigsten Wirtschaftsbezirke auf mindestens fünf Wochen die sich häufenden Skatkredite zur Verfügung zu stellen versprach und rasch mit der Verwirklichung begann. So bereitet sich allmählich eine Rückkehr des Vertrauens und eine Erholung des Kursstandes vor, die im Augenblick die Lage beherrscht. Freilich, auf wie lange Zeit wohl?

Unterdessen hat sich der amerikanische Anstoss weiter, über die Grenzen der Vereinigten Staaten hinaus, fortgespanzt. In England wirkte die Diskontersteigerung um so mehr wie ein Schreckfuß, als um diese Zeit gewöhnlich alle Veränderungen nach oben unterbleiben; die leichte Ausnahme bildete das Jahr 1900, wo am 19. Juli, in der Zeit des Transvaalkrieges und der chinesischen Wirren, der Londoner Bankzinsfuß von 8 auf 4 Proz. emporstieg. Der jetzige Kursbruch war deshalb auch in London überaus empfindlich. Bankers Magazine berechnet soeben für den Monat August auf die seltenen Vergleichungen zugrunde liegenden 887 „repräsentativen Wertpapiere“ eine Kurzverminderung von über 185½ Millionen Pfund Sterling (berechnet Kurzwert der 887 representative securities am 20. Juli 1907 8 688 717 Pfund Sterling, am 20. August dagegen nur 8 498 180 Pfund Sterling). Im März, beim letzten Entwertungsanprall, kam die entsprechende Kursvergleichung immerhin nur auf eine Verminderung von 126 Millionen Pfund Sterling, und der jetzige Kurswechsel begann noch dazu schon bei einer niedrigeren Kurzfeste. Die Berliner Börse wiederholte diesen Kurzfall, allerdings in sehr abgeschwächter Form — aber abgeschwächt nur deshalb, weil schon vorher die Abspannung und Geschäftsunlust dauernd viel größer war. Jedoch erging man sich schon in viel schwererem Kursvergleichungen für den Fall, daß die Bank von England eine solche, gar nicht unwahrscheinliche Diskont erhöhung vornehme und dadurch die Reichsbank und andere kontinentale Centralnotenbanken zur Nachfolge zwinge.

Dann zerteilten sich in Europa gleichfalls die Börsen. Der letzte August-Wochenausweis der Bank von England zeigte eine ganz wesentliche Kraftsteigerung: einen größeren Vorvorort wie im Vorjahr, eine Verminderung der Wechselanlagen, starke Einzahlungen der Privaten und endlich eine Verringerung des Notenumlaufs. Nehmlich die Deutsche Reichsbank, der viel neue Krediter auflossen und der die Reichsregierung dadurch etwas Lust verschaffte, daß sie aus dem Erlöse der leicht gegebenen Schabschein 71 Millionen Mark Schatzwechsel einlöste.

Andererseits teilte die Reichsbankleitung am 30. August in der Centralausschreibung mit, daß an eine Diskontverminderung (Diskont seit 23. April 5½ Proz.) bei der fortgesetzten Wechselanlage — diesem Anzeichen für das Geldbedürfnis von Handel und Industrie — augenblicklich nicht zu denken sei. Da der Quartalszins nochmals, wie jedes Jahr, eine ganz außerordentliche Anstiegsneigung der Bank bringen wird — man rechnet bis Ende September, früheren Erfahrungen entsprechend, auf mindestens 450 Millionen Mark neuer Wechselanreicherungen —, so wird der Quartalsansturm kaum ohne neues Anziehen der Diskontschraube vorübergehen, und das lehrt Quartal und der Jahreszins fest, ob sie damit noch einmal aus.

Obwohl also die jüngste kritische Episode an den Börsen wieder einmal vorbei ist, so sind die Aussichten für den Geldmarkt nicht besonders fröhlich. Ferner macht soeben die österreichische (galizische) Petroleumproduktion eine schwere Krise durch, die wiederum den beteiligten österreichischen und deutschen Banken und Aktiengesellschaften schwere Kopfschmerzen bereitet. Der Markt für Metalle — besonders für Kupfer und Zink, jedoch auch für Eisen, Blei und Zinn — bröckelt in den Preisen ab. Daß die Stoffe überall — noch mehr in England wie in Deutschland — sich verteuern, verfehlt gerade jetzt, bei sich abchwärender Konjunktur, weitere Kreise in Aufregung. Die großen Gesellschaften der transatlantischen Schifffahrt sind seit Mitte August in einem Kriegshafen eingelangt, der schwere Gaben bringen wird. Einzelne Händlerorte, wie der Berliner Warenhaus J. P. Lingst u. Co., nahmen an die Vergänglichkeit allen irdischen Glückes.

Dazu tritt endlich das abnormalen Exportgeschäfte der Getreidepreise. Septembermeizei notierte am letzten August in Berlin 12½ M., nachdem etwa seit Mitte Juni die Weltmarktpreise bestiegen waren und dem vorangegangenen Wohlstellen zunächst ein Halt gesetzt hatten. Seltens dürfte der Weltgetreidemarkt so unüberblickbar gewesen sein wie gegenwärtig. Das unbeständige Weiter hatte schon lange alle Sicherheit der Schätzungen verfehlt. So hindert die späte Ernte die meisten Landwirte am raschen Ausdruck; sie haben zunächst alle Hände voll zu tun mit dem weiteren Ernten der später reisenden Getreidearten und Früchte, so daß vor allem für die geliebten deutschen Roggenborreien die erwartete Verstärkung durch Neuzufuhren bisher ausbleibt. Wieselsicht ist diese augenblicklichen Veränderungen größer als die dauernde Knappheit. Wie sich das mit bestimmt übersehen läßt, geben wir der Entwicklung des diesjährigen Getreidemarktes einen eingehenden Überblick zu wünschen.

Berlin, 1. September 1907. Max Schippel.

doch auch Schädigungen des kindlichen Organismus zutage getreten und von der Lehrerheit und den Schulbehörden, welche neuerdings der gewerblichen Kinderbeschäftigung und dem Vollzug des Kinderlehrgesetzes erhebliches Augenmerk zuwenden, wahrgenommen werden. Dies gilt momentan bei der Näherei, Zicherrei und Güterei, wobei die Sch- und Kervenstraft ungemein angestrengt wird.

Zuwiderhandlungen gegen das Kinderschutzgesetz vom 30. März 1903 wurden hier in zahlreichen Fällen festgestellt. Sie betrafen insbesondere die gewissenlose Beschäftigung von Kindern unter dem gesetzlich zulässigen Alter. So waren beim Anfertigen von Glasscheiben im Steinachtal nach Erhebungen der Schulbehörde etwa 180, davon noch weniger als 75 eigene Kinder unter 10 Jahren tätig. Für die 66 beschäftigten Kinder über 10 Jahre betrug die Arbeitszeit zumeist über 3 bis zu 7 Stunden; dazu erstreckte sich deren Beschäftigung oft bis in die Nacht hinein. In der Maschinenräderei hielten die Kinder ihren Eltern schon im Alter von 8 Jahren, ebenso in der Weißendälerei und bei der Anfertigung von Wechselspielen. In den übrigen Haushaltstriezwerken Überfrankens mit Kinderbeschäftigung lagen dem Bericht zufolge die Verhältnisse ähnlich.

Das Lehrlingswesen hat dank des Eingreifens der Handwerkskammer Fortschritte zu verzeichnen. Doch sind Verfehlungen bezüglich der Höchstzahl der Lehrlinge und des Abschlusses der Lehrverträge noch häufig. Eingehendere Angaben über die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten bezüglich des Lehrungswesens gibt der Bericht aus Oberbayern. Danach waren unter sämtlichen revidierten Betrieben 783 oder 24,4 Proz. die insgesamt 1928 Lehrlinge hielten. Hierunter befanden sich 119 Fabriken mit 802 Lehrlingen; es tritt demnach bei einer Gesamtzahl von 7536 in diesen Fabriken beschäftigten Personen auf, dass eine 8 Arbeiter 1 Lehrling, ohne Rücksicht darauf, ob dies gelehrt oder ungelte Arbeit ist. Von den genannten Fabriken hatten eine Lehre unter 8 Jahren 4, eine solche von 3 Jahren 59, von 3½ Jahren 10, von 4 Jahren 65. In einem Falle war die Lehrzeit unbestimmt. Bezahlung von Lehrgeld wurde nur in einer Fabrik verlangt, dagegen war Lohnzahlung an Lehrlinge in 9 Fabriken eingeführt. Wohnung und Kost erhielten die Lehrlinge in 8 Fabriken, kost allein in einer solchen. In 9 Fabriken waren die Lehrverträge nicht schriftlich abgeschlossen. Bezüglich der Lehrlingsausbildung fiel in einigen funktionswirksamen Werkstätten und einer Silberwarenfabrik die hohe Zahl der Lehrlinge auf, welche sich in diesen Betrieben allerdings auf verschiedene Sparten, wie Gold- und Silberschmiede, Bijoux, Gürtler, Kupferstichmiede, Wicker usw. verteilten. In einer Fabrik für Hausteleskopien und Aufstellung in München wurde die hohe Zahl von 13 Lehrlingen bei 11 Gehülfen gefunden. Von den eingangs erwähnten 783 revidierten Betrieben mit Lehrlingen verbleiben nach Abzug der eben besprochenen 119 Fabriken 664 Handwerksbetriebe mit zusammen 1021 Lehrlingen. Da außer den letzteren in diesen Betrieben 2865 Arbeiter beschäftigt waren, trifft auf je etwa 8 Arbeiter 1 Lehrling. Die Lehrzeit war eine dreijährige in 344 Handwerksbetrieben, eine dreieinhalbjährige in 75 und eine vierjährige in 140 ebensolchen Betrieben. In 105 Betrieben war die Lehrzeit keine normale oder überhaupt nicht fest bestimmt, hierunter allein 57 Werkstätten der Kleider- und Wäscheindustrie infolge des schon im Jahresbericht 1904 festgestellten Fehlens einer einheitlichen Regelung der Lehrverhältnisse in diesen Betrieben seitens der Handwerkskammer von Oberbayern. Die Forderung von Lehrgeld war nur in 50 der revidierten Handwerksbetriebe üblich, Lohnzahlung an Lehrlinge dagegen in 243 Betrieben. In 342 Fällen erhielten die Lehrlinge Wohnung und Kost, in 15 Fällen kost allein, in 1 Fall nur Wohnung, bzw. teilweise Kost. In 106 Werkstätten des Handwerks musste das Fehlen eines Lehrvertrags beanstandet werden, bei 8 war ein solcher zwar vorhanden, aber nicht der Handwerkskammer eingereicht. In ebenfalls 6 Fällen war die vereinbarte Lehrzeit zu kurz, in 5 Fällen die Lehrlingszahl zu hoch.

Was die Lehrlingsvermittlung angeht, so ergiebt besonders das städtische Arbeitsamt München gute Erfolge; bei 3040 (im Vorjahr 2510) angebotenen und 2930 (im Vorjahr 2093) gesuchten Lehrlisten konnten 2176 (im Vorjahr 1888) Lehrlinge besetzt werden. Von diesen Zahlen entfällt annäherungsweise ein Sechstel auf den auswärtigen Verkehr.

## Sur Lage der Arbeiter in den Spinnereien Hofs.

Wohl in keinem Industrieorte haben sich die Arbeiter der Spinnereien so lange mit Lammesgebärd ausbauen lassen, als in der Textilmetropole Überfranken. So viel Spinnereien, so verschiedenartig ist die Berechnung der Löhne für Spinner, als auch für Anseher. Eine Einheit in dieser Beziehung zu erzielen, war bereits in früheren Jahren das Ideal der Kollegen, aber bei der Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit der Spinnerei Hofs mühte bis jetzt von allen darum hinstreben Bewegungen abgesehen werden. Es ist bereits in den Nummern 80 und 81 des "Textilarbeiter" darauf hingewiesen worden, wie die Schmeichelai und Heudelei in den Spinnereien wahre Orgien feierten. In Hof werden diese Schmarotzerplagen seitens der Firmen noch gehegt und groß geäugt durch Fabrikvereine.

"Wer singt, der spinnt." Diese Worte charakterisieren die Verhältnisse, sind die Signatur unserer länglichen Erfolge bis jetzt.

Der Kapitalismus hat sich in den früheren Jahren durch die verschiedenen Bewegungen, die an der Teilnahmesmöglichkeit der Spinner immer scheitern mussten, brüderlich gefühlt, und um Kirchhofruhe in seinen modernen Gefängnissen zu haben, ersann man alle möglichen Mittel, damit der Spinner die Vorgänge seiner Kollegen anderweitig nicht mehr beachte. Unter anderem kommt hier die Gründung von Fabrikvereinen in Frage. Die Proletarier in den Spinnereien füllten den Unternehmern die Goldgruben, kein Wunder daher, dass man auch zur Unterstützung dieser Vereine einige Hunderttausende übrig hatte. An die Spitze dieser Vereine stellte man gewöhnlich Meister und solche, die die größte Aussicht hatten, es zu werden. Damit begann dann ein wohres Kesseltreiben, die wüsteste Agitation gegen die gewerkschaftlichen Organisationen und für die Fabrikvereine. Die Arbeiter wurden bis zu einem bestimmten Termint unentwegt aufgenommen, Meister und alles Mögliche agitieren in den Arbeitsstätten mit einem Ticker, der einer besseren Sache würdig war. Dann kamen die diversen Festlichkeiten: Fahnenweihen, Jubiläen und dergleichen. Die Arbeiter gingen damit in die Falle und verloren so den Rest ihrer freien Meinung.

Am tollsten trieben es die Arbeiter der neuen Baumwollspinnerei. Dort gibt es nur noch vereinzelt ältere Spinner, die weder singen, noch der Musikschule angehören. Alle notwendigen Utensilien für die Vereine bezahlte die Firma, alljährlich gibt es in verschiedener Form noch Zusätze hinzu. So hat sich dieser Verein bereits so weit ausgebreitet, dass er in drei Teile zerfällt: Musik- und Chorverein, Wo bleibt da noch Gott übrig, um über Harmonie zwischen Kapital und Arbeit.

Dass bei den Feierlichkeiten seitens der Direktion diverse Reden gehalten werden, sei der Vollständigkeit halber nebenbei erwähnt. Anderen Lages ist die bürgerliche Freizeit voll des Lodes über die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit.

Und diese Mittel haben ihre Wirkung seither nicht verfehlt. Als die Textilarbeiter Hofs im vorigen Jahre in eine allgemeine Bewegung gegen die schändliche Ausbeutung durch das Kramersystem eingingen, so waren es nur die Arbeiter genannten Gloriosos, die der Bewegung teilnahmslos gegenüberstanden. So ist dieses miserabelste Ausbeutungssystem heute noch in diesem Betrieb üblich und damit ist dem wütenden Streben nach recht viel

Prämien für und Tor geöffnet. Die Berechnung des Lohnes erfolgt dort nach 1000 Stilo Schneller auf folgende Weise:

Das abgelieferte Garn wird unter Abrechnung des Farngewichts der Blechlästen mit der Garnnummer multipliziert, das ergibt dann die Schneller. Die Prämie beginnt je nach der Spindelzahl bei 25, 30 oder 40 Pf. Was der Spinner über diese Grenzen mehr verdient hat, erhält er doppelt bezahlt. Zum Beispiel ist die Grenze bei einem Spinner 40 Pf., er hat aber 45 Pf. verdient, so erhält er 5 Pf. Prämie dazu = 50 Pf. Lohn. Hat er aber unter 40 Pf., so erhält er nur den Lohn, den er verdient hat. Damit ist das Antreiben der Arbeiter hinfällig, die Jagd nach Geld macht blind; je mehr Verdienst über die Prämie, desto mehr erhält er "geschenkt", und in neuester Zeit sind 10 Pf. Prämie bei einzelnen Spinngern gar keine Seltenheit mehr. Dass daher die Aufforder und Aufsteller ununterbrochen dem Antreiben der Spinner folge leisten, Klüsse und Sätze dankend annehmen, ist erklärt. Die Behandlung dieser Hülfskräfte steht und fällt mit dem Prämienystem, weil sie auch durch den Lohn an der Prämie mit anteilhaben.

Zu dieser Prämie erhält der Spinner drei mal im Jahre eine sogenannte Grobsädenprämie, wenn er in der Zeit keine Neffomationen erhielt und jeden Montag über die Grenze Prämien erhält. Zu allem Überfluss gibt es dann noch jährlich eine Prämie, die Sortimentsprämie. Die drei Spinner von einem Sortiment, die die meiste verdienten, erhalten 30, 25 bzw. 20 Pf. Prämien. In diesem Wulst von Prämien soll dann eine Einigkeit unter den 50 Spinngern erzielt werden, wo einer dem andern die Lust nicht vergönnt.

Die Arbeitszeit wurde in diesem Musterbetrieb ebenfalls am 1. Januar 1907 auf 10½ Stunden festgesetzt. Nicht lange sollten sich die Arbeiter dieser Verkürzung erfreuen, da schüttete die Firma die Hochkonjunktur vor. Sie kannte ja ihre Pappenseimer. Die Spinner willigten ein, dass wieder 11 Stunden gearbeitet wurde. Die Aufsteller wehrten sich aufänglich dagegen. Es war ein Schauspiel für Götter, wie die Eltern die Kinder in die Fabrik hineintrückten, die es wagten, durch Verharren auf der Straße zu protestieren gegen die 11stündige Arbeitszeit.

An den Toren geriet man sie von der Straße zum Tor hinein, ihnen noch eine Portion Obstkugeln verabreichtend. Und sie fügten sich ins Unvermeidliche. Die Firma hatte den Widerstand der kleinen durch die Tochter der Eltern gebrochen.

Trotz dieser Interessenlosigkeit wird in nächster Zeit wieder ein Versuch unternommen, die Spinner der Organisation näher zu bringen.

In der Vogtländischen Baumwollspinnerei leiden die Spinner seit Jahren an Mangel von Hülfsarbeitern. Es hat dies seinen Grund in der elenden Berechnung der Löhne dieser Arbeiter. Die Firma war lange Zeit nicht zu bewegen, an den Lohnverhältnissen etwas zu verbessern, musste sich aber am 7. Januar dieses Jahres durch die ehmäßige Niedersetzung der Arbeit dazu bequemen, eine 10prozentige Lohnhöhung und die 10½stündige Arbeitszeit einzuführen.

Dort ist die eigentlichste Lohnberechnung vorhanden, die Schreiber dieses in den verschiedensten Spinnereien kennen lernte. Der Lohn wird nach einem Rentner gespionnen. Ganz berechnet; dann erhält der Spinner die sich ergebende Hälfte von 1 Rentner Garn.

Ein Beispiel wird die Berechnung des Lohnes veranschaulichen.

Hierfür nimmt Lohn pro Rentner 1,04 Pf. In 14 Tagen liefert der Spinner 26 Rentner. Sein Lohn beträgt demnach 26 Pf. Dazu erhält er die Hälfte geschenkt, weil es doch etwas zu knapp ist, folglich 13 Pf. dazu.

Die Anseher und Aufsteller erhalten 80—90 Proz. von dem wirklichen Verdienst; an obigen 18 Pf. haben sie keinen Anteil. Daraus ist ersichtlich, dass die Firma es darauf abgesehen hat, die billigsten Arbeiter zu kaufen. Daher auch der chronische Arbeitermangel, der den Lohn der Spinner ganz wesentlich beeinflusst.

Die Direktion hat sich schon alle erdenkliche Mühe gegeben, fremde Arbeiter heranzuziehen, allein trotz großer Geldauswände ist es bisher nicht möglich gewesen, auswärtige Arbeiter an den Fleischköpfen dieser Firma festzuhalten.

Die besten Lohn- und Arbeitsverhältnisse von allen Spinnereiarbeitern Hofs bestehen seit dem vorigen Jahre in der Spinnerei Naubau. Dort wird der Lohn nach Toren, wie in der Leipziger Baumwollspinnerei, bezahlt, ein System, bei dem der Spinner wenigstens nicht bemügt werden kann. Die Arbeiter haben eine 12½ prozentige Lohnhöhung im vorigen Jahre durch geschlossenes Vorgehen errungen. Die 10½stündige Arbeitszeit ist ebenfalls eingeführt seit dem 1. Januar 1907.

Die Organisationsverhältnisse sind in dieser leichtgenannten Spinnerei die besten: 100 Proz. organisierte Spinner und 90 Proz. organisierte Anseher.

Auch in der Vogtländischen Baumwollspinnerei sind etwa 70 Proz. der Spinner und Anseher organisiert. Dagegen sieht es in der Neuen Baumwollspinnerei ganz kostlos aus. Raum 5 Proz. der in den Spinnräumen beschäftigten Arbeiter sind organisiert, obwohl es gerade diese Arbeiter am nötigsten hätten, ihre Lebenslage zu verbessern. Hoffentlich ändert es auch bei diesen Arbeitern einmal, denn die Riesenprofite der Hofer Unternehmer steigen ins Unermessliche. So zahlte die Neue Baumwollspinnerei 1906 29 Proz. Dividende, die Vogtländische Baumwollspinnerei 25 Proz., während die Spinnerei Naubau trotz der neuen Anbauten immer noch 9 Proz. Dividende verteilt.

Ein großes Arbeitsfeld liegt da vor uns.

Der Ausspruch des früheren Reichstagabgeordneten Münchberger: "Die Spinner schwimmen im Golde" trifft für die Altväter zu, während die Arbeitsscharen um laren Lohn bei schlechter Behandlung stumpf Finnig dahinvegetieren. M. R.

## Christlich organisierte Arbeiter als Lokalabtreiber.

Vor einigen Wochen berichteten wir über einen aufsehenerregenden Prozess, betreffend die Handhabung des Vereins- und Gesamtvergleichsvertrages durch die Zentrumspolizei in Niedlinghausen. Wir konnten an dem Verlauf der Verhandlungen dieses Prozesses eine beispiellos dastehende Drangsalierung der Wirkte, welche den freien Gewerkschaften ihre Lokale zu Versammlungen zur Verfügung stellten und dadurch, dass wenn es den freien Gewerkschaften unter diesen schwierigen Umständen hier oder da doch einmal gelungen war, ein Lokal zu bekommen, die dahin einversteiner Versammlungen von der Polizei aufgelöst wurden, das Vereins- und Versammlungsrecht für die freien Gewerkschaften nahezu aufgehoben war. Weiter aber konnten wir konstatieren, dass während dergestalt fast jede agitatorische Regung der freien Gewerkschaften erfasst wurde, sich die christlichen Gewerkschaften der ausgeprobten Protestion und Förderung der Polizei erfreuten. Ein Anschlag an diese Prozessverhandlungen bemerkten wir, dass dieses System der Beseitigung des Vereins- und Versammlungsrechts, unserer Erfahrung nach, nicht nur in Niedlinghausen, sondern in allen Orten besteht, wo die Zentrumspartei hat. Das Gesetz in Händen hat. Tatsächlich ist dem so. Es ist eine der beliebtesten Waffen des clerikalismus gegenteilige Meinungen nicht ausreichend zu lassen. Daher auch das von den Kirchlichen Gebuden angewandte Verbot, eine Reihe wissenschaftlicher Bürger, welche aber den Kirchlichen Dogmen entgegenstehen, zu lesen. Auf diese Art richten die clerikalen Männer, welche nicht die clerikale Wahrheit in allen Schulen gelehrt werden, die aber damals die Entdeckungen der diese Lehre begründenden Sachen mit ihrem Leben im düsteren Kerker oder auf dem Scheiterhaufen bezahlen mussten.

Als sind aus unserer agitatorischen Vergangenheit eine große Reihe Fälle bekannt, wo katholische Pfarrer und Kaplanen oder sonstige einflussreiche fromme Leute die clerikale Wahrheit in allen Schulen gelehrt werden, die aber damals die Entdeckungen der diese Lehre begründenden Sachen mit ihrem Leben im düsteren Kerker oder auf dem Scheiterhaufen bezahlen mussten. Uns sind aus unserer agitatorischen Vergangenheit eine große Reihe Fälle bekannt, wo katholische Pfarrer und Kaplanen oder sonstige einflussreiche fromme Leute die clerikale Wahrheit in allen Schulen gelehrt werden, die aber damals die Entdeckungen der diese Lehre begründenden Sachen mit ihrem Leben im düsteren Kerker oder auf dem Scheiterhaufen bezahlen mussten. Und mit einem Fanatismus, der seinesgleichen sucht, wurde gegen jede freie Meinungsäußerung gewütet.

Heute nun wollen wir unseren Mitgliedern zwei Briefe vorlegen, aus denen sie ersehen werden, welchen Terrorimus die Clerikalismus schreibt der Münchener Gladbacher Galoppsschule aus, um unserem Verband die Abhaltung von Versammlungen unmöglich zu machen. Es betreffen diese Briefe einen Fall, der sich in der letzten Zeit in einem Ort des Rheinlandes zugestellt hat, wo sich unser Vertrauensmann bemüht hatte, ein Lokal zur Abhaltung einer öffentlichen Textilarbeiterversammlung zu bekommen.

Der in Frage kommende Wirt zog die bereits gegebene Busage einige Tage später nachfolgender Begründung zurück:

Wertiger Herr X. . . .!

Gierdurch teile ich Ihnen mit, dass Sie mein Lokal für sozialdemokratische Zwecke nicht haben können. Ich für meine Person hätte nichts dagegen, (1) doch ich habe die Befürchtung, dass dann die anderen Vereine, die ich jetzt habe, als Kirchenchor, Kriegerverein, christliche Textilarbeiter-Ortsgruppe, von hier wegziehen; nehmen Sie es mir deshalb nicht übel, wenn ich aus diesen Gründen wieder ab sage. Für andere Zwecke können Sie es jederzeit haben."

Hochachtend

(Unterschrift.)

Es gelang nun unserem Vertrauensmann noch einmal, den Wirt durch eine persönliche Aussprache umzustimmen; wie derselbe dann aermals bearbeitet wurde, bringt er in einem fünf Tage später datternden Briefe zum Ausdruck. Derselbe lautet:

Wertiger Herr X. . . .!

Ich muss Ihnen nochmals mitteilen, dass ich mein Lokal lieber nicht zur Verfügung stelle. Ich habe mich gestern abend nochmals erkundigt, und bin entschieden davon abgeraten worden. Wenn auch die Statuten sehr gut sind, so hätte der Verein doch sozialdemokratische Tendenz.

Ich will den Ruf meines Lokales doch hochhalten. Sie wissen ja selbst, wie man in X. . . . davon denkt und spricht, und werden es mir auch nicht übel nehmen, wenn ich bestrebe, möglichst Redenreden in anderen Vereinen sowie auch in der Bürgerschaft und bei der Behörde (1) zu vermeiden. Wollen Sie sich deshalb nach einem anderen Saal umsehen. Weiteres Versuche, mein Lokal zu erhalten, sind erfolglos."

Hochachtend

(Unterschrift.)

Wir haben den Ort nicht mitveröffentlicht, um den Mann nicht der Wut der schwarzen Gesellschaft auszuliefern. Aber an diesem Vorgange sehen unsere Mitglieder wieder aufs neue, was für traurige Gesellen jene Leute sind, die sich um unsere Kampfgenossenschaft mit ihnen bemühen und uns schelten, wenn wir sagen, wir trauen euch nicht über den Weg. Da schreien diese Feiglinge über Terrorimus, dass sie an dem ganzen Geschrei sicher erstickt, und gerade sie sind es, welche, wie Figura zeigt, den ärgsten Terrorimus verüben. Pfui Teufel!

Was sagt die Leitung des Christlichen Textilarbeiterverbandes dazu?

Wir haben den Ort nicht mitveröffentlicht, um den Mann nicht der Wut der schwarzen Gesellschaft auszuliefern. Aber an diesem Vorgange sehen unsere Mitglieder wieder aufs neue, was für traurige Gesellen jene Leute sind, die sich um unsere Kampfgenossenschaft mit ihnen bemühen und uns schelten, wenn wir sagen, wir trauen euch nicht über den Weg. Da schreien diese Feiglinge über Terrorimus, dass sie an dem ganzen Geschrei sicher erstickt, und gerade sie sind es, welche, wie Figura zeigt, den ärgsten Terrorimus verüben. Pfui Teufel!

Wir haben den Ort nicht mitveröffentlicht, um den Mann nicht der Wut der schwarzen Gesellschaft auszuliefern. Aber an diesem Vorgange sehen unsere Mitglieder wieder aufs neue, was für traurige Gesellen jene Leute sind, die sich um unsere Kampfgenossenschaft mit ihnen bemühen und uns schelten, wenn wir sagen, wir trauen euch nicht über den Weg. Da schreien diese Feiglinge über Terrorimus, dass sie an dem ganzen Geschrei sicher erstickt, und gerade sie sind es, welche, wie Figura zeigt, den ärgsten Terrorimus verüben. Pfui Teufel!

Was sagt die Leitung des Christlichen Textilarbeiterverbandes dazu?

Deutsches Reich.

(Wochenbericht.)

Burglärwiesen wurde eine Lohnreduktion, die von der Strumpfwarenfabrik von Egger u. Richter in Thalheim im Erzgebirge geplant war.

Der Streik in der Thüringischen Wollgarnspinnerei in Langensalza musste wegen Aussichtslosigkeit abgebrochen werden.

Ein Streik der Seidenweber in Überbach ist nach dreitägiger Dauer zugunsten der Arbeiter beendet worden. Gleichzeitig wurde eine Lohnhöhung und die Anerkennung eines Arbeiterausschusses. An den Einigungsverhandlungen nahm der Bürgermeister und der Vorsteher des Gauvorstandes teil.

Den Arbeitern der Firma Berger u. Co. in Greifthal (Leinenfabrik) wurde infolge Lohnbewegung eine Lohnhöhung von 5 Proz. bewilligt.

Unser Bruderorgan, „Der Textilarbeiter“, würde in der Aussperrung einen Alt unsinnigen Brutalität sehen, der den Unternehmern den gewünschten Erfolg kaum bringen würde, da die freiliegenden Appreturarbeiter fast ohne Ausnahme unorganisiert sind, eine der durch die Aussperrung in Misereinschaft gezogenen Organisationen auf sie also nicht im Sinne der Wiederaufnahme der Arbeit einwirken könnte. — Die christlich-sozialen Appreturarbeiter beschlossen, im Streit zu verharren. Eine teilweise Arbeitsaufnahme ist nur in der Zuliefererwerke und in der Spagatfabrik zu konstatieren. — Zur Lohnbewegung in Brünn ist zu berichten, daß in den einzelnen Fabriken die Boregesetzen verfügen, die Mitglieder der Lohnkommissionen zu schikanieren; einzelne sind sogar entlassen worden. Man vermutet, daß eine geheime Abmachung unter den Fabrikanten besteht, deren Ziel sei, die erzielten Errungenheiten wieder anzugeben. — Nur dem Wege der Unterhandlung erzielten die Arbeiter der Möbelstofffabrik S. C. Steiner in Fulnek fünf- bis zehnprozentige Lohnzuschüsse. Dasselbe erreichten die Arbeiter der Tücher- und Möbelwarenfabrik von Friedr. Pollak. — In Glasersdorf sind nach vierwöchigem Streit durch Verhandlungen folgende Zugeständnisse erreicht worden: ab 1. Oktober zehnständige Arbeitszeit, an Sonnabenden, oder vor Feiertagen, wenn dieselben auf einen Sonnabend fallen, Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde, Zulage von 10 Proz. für Aftordarbeiter, für gewisse Arbeiter sogar 15 Proz. Mit einer schon im Juni erfolgten Lohnzuschüsse beläuft sich die Gesamthöhung nun auf 18 bis 25 Proz.

Eine Lohnbewegung der Seiler bei Otto Sohn in Greiz wurde mit der Bewilligung folgender Zugeständnisse abgeschlossen: 12prozentige Lohnaufzehrung für die gelernten Seiler, auf Montage Beschäftigte erhalten an Sonn- und Feiertagen pro Stunde 80 Heller Lohn, an Wochentagen außerhalb Graz 80 Heller und in Graz 20 Heller Lohnzulage pro Stunde. Sonnabende ist um 1/2 Uhr Arbeitsabschluß. — In der Weberei von Molich u. Sohn in Podmolitz bei Semil ist ein Streit ausgebrochen, weil der im Frühjahr vereinbarte Tarif nicht eingehalten wurde. — Der Streit in Wiesbaden hat keine Veränderung erfahren. — Der Streit der Wandfabrik in Wiesbaden währt nun die 12. Woche, ohne daß sich die Situation geändert hätte. — Der Streit in Bielitz i. B. weist auch noch keine Veränderung auf.

Schweiz. Der Streitfall mit der Posamentenfirma Strohschneider in Zürich ist erledigt. Es wurden zwischen den streitenden Parteien folgende Vereinbarungen getroffen: 1. Herr Strohschneider nimmt die ausgesprochenen Beleidigungen mit Bedauern über das Vorkommen zurück. Ebenso die Mitglieder des Posamentenvereins die Beleidigungen gegen Herrn Strohschneider. 2. Herr Strohschneider anerkennt die Organisation sowie deren Vermittelung im Streitfall durch Bevollmächtigte. 3. Auf Grund obiger Vereinbarung erklärt die Sektion Zürich und das Zentrallomitee im Einvernehmen des Posamentenvereins die über die Firma H. Strohschneider verhängte Sperre als aufgehoben.

Im Auftrag des Vorstandes der Sektion Zürich sowie der Posamentierer: Der Präsident Jak. Hauser. Russland. Eine Anzahl der Arbeiter der Weberei- und Färberei-Gesellschaft Mr. Gilberstein in Lodz ist vergangene Woche in den Ausstand getreten. Die Streitenden stellen wirtschaftliche Forderungen. Die Verwaltung hat die Fabrik auf unbestimmte Zeit geschlossen. — Aufgrund der in letzter Zeit von den Arbeitern verschiedenen Abteilungen der zum Lodzer Baumwollfabrikantenverbund gehörigen Fabriken gestellten Forderungen wegen Lohnzuschüsse stand am Sonnabend, den 1. September, in Berlin eine Beratung der Vertreter dieses Verbandes statt, in der beschlossen wurde, folgende Bekanntmachung an die Männer der zum Verband gehörigen Fabriken auszuhängen:

„Der Lodzer Baumwollfabrikantenverband bestehend aus den Aktiengesellschaften von Karl Scheibler, J. A. Poznanek, Heinkel, K. Biedermann und H. Grohmann, sowie den Firmen Karl Steinert, R. Biedermann und H. Grohmann, bringt seinen Arbeitern zur Kenntnis, daß keinerlei Lohnzuschüsse, gleichviel welcher Art, ohne Genehmigung des Fabrikanterverbandes in den einzelnen zu diesem gehörigen Fabriken genehmigt werden wird. Der Verband ist gegenwärtig bereits zur Ausarbeitung eines einheitlichen Arbeitstextes befähigt. Den Arbeitern wird das Resultat dieser Arbeit besonders bekannt gegeben werden.“

Lodz, den 27. August 1907.

Verband der Lodzer vereinigten Baumwollfabrikanten. Frankreich. Der Kongress der Textilarbeiter Frankreichs, der vom 15. bis 18. August in St. Omer tagte, hat die Erhöhung der Bundesbeiträge noch einmal auf ein Jahr vertagt. Es sah außer den in vorher Nummer angeführten Beschlüssen noch einen folgenden hinsichtlich der Arbeitsinspektion, für die er unabdingbare, freigewählte und vom Staate bezahlte Beamten forderte und wußte sich dann gegen die Rechtsprechung des Kassationsgerichtshofes, die den Streit als Vertragsbruch ansieht. Gegen das Mehrstuhsystem wandte sich der Kongress insofern, daß mehr wie ein Stuhl nur unter entsprechender Mehrbelastung bedient werden soll. — Die Ausdehnung des Unfallgesetzes wurde auf alle Lohnarbeiter gefordert. — In einer Beratung über den Kongress äußert sich Kollege Renard in seinem Blatt „L'Humanité“ wie in der „L'Humanité“: Der Kongress zu St. Omer hat ein nützliches Werk vollbracht. Wir haben dort das Wadstum und die Festigkeit der nationalen Föderation festgestellt. Ihre schnelle Entwicklung, die freilich einer Notwendigkeit entspricht, lädt große Hoffnung auf die Zukunft sehn, wenn alle ihm treu und ergeben bleiben, wie es in der Vergangenheit war. Nun ans Werk!“

## Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen.

### Deutsches Reich.

Der Konfessionsstreit in Stettin beendet. Zwischen dem Vorstand des Verbundes der Stettiner Konfessionäre und der Lohnkommission der Arbeiter fanden Verhandlungen statt. Es verständigten sich die Vertreter beider Parteien dahin, daß die Arbeitgeber sich verpflichten, über alle die Punkte des Tarifnachtrags in entgegengesetzter Weise mit der Lohnkommission zu verhandeln. Mit diesen Bedingungen erklärte sich die Generalversammlung der Unternehmer einverstanden. Für die Arbeiter war unter vorliegenden Umständen die Arbeitsaufnahme eine reine Formalität. Um den Kampf nicht unnötig zu verlängern, nahmen deshalb auch die Streitenden odige Vereinbarung an mit der Bestimmung, daß der einzelne Arbeiter sich nicht mehr wie zwei Säule hält. Die Konfessionsarbeiter haben den Unternehmern bewiesen, daß sie eine Macht sind, die sich ihre Weitersetzungsrecht nicht streitig machen lassen. Die Beschlusssessung über Aufhebung des Streits ließ keinen Zweifel, daß, wenn die Arbeitgeber den Wünschen der Arbeiter nicht entgegenkommen — die geholte Arbeit nach 2-3 Tagen wieder genau so abgeliefert wird.

Auch die ungelerten Arbeiter haben sich eine internationale Verbindung geschaffen. Im Anschluß an den internationalen Kongress in Stuttgart trat eine Konferenz der ungelerten Arbeiter zusammen, die von Vertretern des Verbandes der Fabrik-, Handels-, Gewerbe- und Arbeiterkraft (Deutschland), Verband der Arbeiterkraft der chemischen, Papier- und Gummiindustrie (Ostpreußen), Arbeitermannschaft (Dänemark), Arbeitermannschaft (Norwegen) und Großherzoglich-sächsischer Gewerbe- und Arbeiterkraft (Schlesien) bestand. Es soll durch Briefwechsel zwischen den Leitung der Organisationen verbürgt werden, sobald wie möglich einen Aufpunkt für schriftliche Basis der vorläufigen gemeinsamen Arbeit zu schaffen. Damit ist auch für die ungelerten Arbeiter eine internationale Verbindung geschaffen.

## Ausland.

Belgien. Im Hafen von Antwerpen ist es neuerdings wieder zu einer Streikbewegung gekommen, die in eine Aussperrung umschlug, deren Situation durch die durch nichts begründete Hartnäckigkeit der Unternehmer ganz unnötigerweise verschärft wurde. Die Polizei- und Brandstifterverbände haben sich dieselbe, da die ganze Polizeimacht auf die Überwachung der Streikenden sich konzentrierte, zunehmend gemacht und durch Diebstahl, noch mehr aber durch Brandstiftung ungeheure Schaden verursacht. An die Bürgermeister sind scharfe Patronen verteilt worden, was zur Verhaftung eines Mitgliedes der Wehr führte, das sich weigerte, scharfe Patronen anzunehmen, da es nicht auf Arbeiter schießen wollte.

Normenagen. Die große Aussperrung in der norwegischen Papier- und Zelluloseindustrie, von der 25 Proz. der organisierten Arbeiter betroffen waren, ist mit dem Siege der Arbeiter beendet worden und konnte die Arbeit am 19. August auf der ganzen Linie wieder aufgenommen werden. Erreicht wurde eine sofortige Lohnzuschüsse von insgesamt 170 000 Kronen in den Fabriken, die den Aussang des Kampfes bildeten. Ab 1. April 1908 tritt eine weitere Erhöhung der Löhne um über 100 000 Kronen hinzu, so daß die errungene Lohnzuschüsse sich auf insgesamt ca. 800 000 Kronen pro Jahr betragen wird. Für die einzelnen Arbeiter bedeutet das eine Lohnzuschüsse bis zu 17 Proz. Andere haben die Nachzahlung der Lohnzuschüsse ab 1. April erreicht. Die getroffene Vereinbarung soll für drei Jahre Gültigkeit haben. Der Kampf erfordert natürlich große Opfer; hohe Extrabeiträge wie auch freiwillige Beiträge wurden erhoben, fröhlich stieg die Mitgliederzahl der norwegischen Gewerkschaften während der Monate, die der Kampf dauerte, von 31 477 auf 33 965. Auch aus dem Auslande wurden Mittel bereitgestellt und das Landessekretariat der norwegischen Gewerkschaften quittierte dankbar folgende Beiträge, die aus dem Auslande dem Sekretariat zugestellt wurden: Deutschland 5000 M., Ungarn 650 Franken, Serbien 100 Franken, Dänemark 2000 Kronen und Schweden 40 000 Kronen.

## Von der Agitation.

Zwei größere Agitationstouren unternahm die Kollegin Bössle. Bremen, und zwar vom 28. Mai bis 30. Juni im Gau Brandenburg und vom 18. Juli bis 14. August im Gau Bayern.

Der Versammlungsbefehl war nur an einzelnen Orten ein guter zu nennen. Besonders die Arbeiterinnen sehen denselben noch immer als etwas Überflüssiges in einigen Orten an. Nach dem geringen Interesse zu urteilen, daß die Kollegin und Kolleginnen in gewerkschaftlicher Beziehung zeigen, müßte man annehmen, daß sie alle auf Nosen gehetzt seien. In Wirklichkeit sind jedoch die Verhältnisse sehr erbärmliche. Mag man in die Provinz Brandenburg oder in das bayerische Land gehen, überall stehen die Löhne in keinem Verhältnis zu den überlangen Arbeitszeiten und der Lebensmittelversteuerung. Dazu ist unwürdige Behandlung an der Tagesordnung. Zum Beispiel ist es recht bezeichnend für den Bildungsgrad eines Meisters in Bremen, welcher, wie er selbst in der am 30. Mai stattgefundenen Versammlung ausführte, über das, was sich im Kloster der Arbeiterinnen abspielt, die strengste Kontrolle übt. Sein Auge wacht nicht nur darüber, daß das „Geschäft“ die nach seinem Ermessens ausreichende Zeit nicht überstreichen darf, sondern er dringt auch in die verborgenen Geheimnisse der Arbeiterinnen ein. Wie überall, begegnet man der Arbeiterin auch hier nicht mit der ihr gebührenden Achtung. Doch was ist daran Schuld? Die Gleichgültigkeit und die mangelnde Selbstverständnis der Arbeiterin selbst. Mit dem männlichen Teile der Arbeiterschaft steht es oft nicht besser. Zu einer Fabrikbesprechung in Nottbus kam die Leinenweber der Firma Witte Lehmann fast vollständig in Begleitung ihres Geschäftsführers. Doch wie es schien, ein Teil nicht, um sich von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen, sondern um ihrem fürsorglichen Geschäftsführer, nachdem dieser in unqualifizierbarer Weise die Führer der Gewerkschaft beschimpfte und die Organisation für die Arbeiterin als Unsumma erklärte, als siehe, fügsame Kinder Beifall zu klatschen, wofür auch der entsprechende Lohn nicht ausbleibt, denn nach Schluss der Besprechung durften die lieben Kinder sich unentwegt in Schnaps volltrinken. Kroppelheim ist die Versammlung nicht ohne Erfolg geblieben, wie nachträglich eine Anzahl Beiträtsklärungen zu dem Verband beweisen. Hoffentlich kommen auch die übrigen bald zu der Einsicht, daß ein anständiger Lohn dem Schnaps vorzuziehen ist.

Nicht besser sieht es im Gau Bayern aus. Hier erfordert die Agitation ebenfalls große Mühe und Ausdauer, um die noch ganz unter dem Einfluß der Kirche stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen für den wirtschaftlichen Kampf zu gewinnen. Welch fruchtbare Boden das schwäbische Bauernland für die Berücksichtigungarbeit ist, beweist der lärmlich in Augsburg gegründete katholische Arbeiterinnenverein, der 500 Mitglieder in sich vereinigen soll. Hier stehen die frömmen Seelsorger im Dienste des Kapitals und wachen darüber, daß die Arbeitssklaven den Kapitalisten nicht gefährlich werden, und so lange wie ihnen ihre Berücksichtigungarbeit gelingt, blüht auch den Unternehmern der Weizen. Kein Mittel wird unverfugt gelassen, um die Arbeiter vor allem von den freien Gewerkschaften fernzuhalten, denn das ausbeutungsläufige Kapital kann nur knieen, aber keine freien Menschen brauchen. Gerade beginnt man sich nicht nur damit, daß man den läufigen Lohn durch unerhörte Strafen noch mehr schmäler, sondern es werden die Bestraften noch extra gebrandmarkt, wie dieses in Glinzburg läufig ist, indem die Strafen auf Tafeln jedem in den Fabrikräumen zu Gesicht gebracht werden. Und wieviele ungerechte Strafen müssen die Arbeiter über sich ergehen lassen! So wurden einer Arbeiterin in Kempten, ohne Rücksicht darauf, daß das Material jedes Jahr schlechter wurde, folgende Abzüge für fehlerhafte Ware gemacht: 1908: 3,70 M.; 1904: 15,70 M.; 1908: 22,70 M.; 1908: 24,18 M. Beschwerde wird meist nicht erhoben, aus Furcht, die Arbeit zu verlieren, oder weil man doch nicht recht zu bekommen glaubt. Ebenso wagt es nur selten einer, die vorhandenen Missstände in den Versammlungen aufzudecken oder offen seinen Eintritt in den Verband zu erklären; der eine Bruder kommt oft dem anderen nicht, und alle sind daher der Willkür des Meisters oder des Unternehmers rücksichtslos ausgesetzt.

Eine wahre Schauspielkunst trifft man besonders unter der Kollegenschaft im herrlichen Allgäu an, welches mit seinen wunderbaren Naturwundern in den Sommermonaten ein beliebter Sammelpunkt für diejenigen ist, die von der Hände Arbeit anderer leben. Hier, wo das Wohlleben und der Überfluss jedem klar vor Augen tritt, kommen doch nur Wenige zu dem Bewußtsein, daß auch sie, die alle Werte schaffen, berechtigt wären, zu genießen. In dem Wahne ergogen, Reich und Arm müsse es geben, lassen sie ihre elende Lage als etwas Unabänderliches auf. So danken sie Gott, wenn sie ihr trockenes Brot, und wenn es gut geht a. Macht dabei haben. Denn Löhne von 8 M. für Familienarbeiter sind keine Seltenheiten; ersättigen doch die Seiler in Süßen, obgleich die Firma bei reichlichen Abschreibungen 1906 und 1907 15 Proz. Überschüsse verzeichnete, daß sie es für eine große Wohlfahrt ansehen würden, wenn sie es auf 18 M. Wochenlohn bringen könnten. Um so beschämender ist es für die Arbeiterschaft, daß trotzdem von den 900 Beschäftigten nur 40 erledigen waren. Die Versammlung scheint jedoch auch hier nicht ohne Erfolg geblieben zu sein, denn nachträglich wurden eine Anzahl Aufnahmen gemacht. Alles in allem: diese Agitationstouren zeigen wieder, wie unendlich viel Arbeit noch zu leisten ist, um Ausklärung unter die Arbeiterschaft zu bringen. Erfahren wir nicht?

M. H.

## Politische Nachrichten.

Der Reichshaushaltsetat für 1906 ist in einzelnen Positionen durch Mehrausgaben überdeckt worden. Beim Reichstage waren 1430 000 Mark mehr erforderlich, für das Auswärtige Amt ergab sich eine Mehrausgabe von 566 000 Mark, für das Reichsheer eine Mehrausgabe von 2 579 000 Mark, bei der Marineverwaltung von 1 913 000 Mark, die Verwaltung und Vergrößerung der Reichswehr mit einer Mehrausgabe von 5 118 000 Mark abgeschlossen. Die Einnahme an Verbrauchsabgabe für Branntwein ist um 3 550 000 Mark hinter dem Statutvorschlag zurückgeblieben. Manche Positionen haben indes weniger erfordert oder mehr gebracht als der Vorschlag vorsah. Die Aufwendungen für die Gefanlagsanstalten und Konfiscale haben 215 000 Mark weniger erfordert, bei dem Fonds des Reichsschatzes beziffert sich die Mindestausgabe auf 22 180 000 Mark. Nach der Berechnung des auf den Kopf der Bevölkerung des Deutschen Reichs entfallenden Meinungsteiles der § 15 des Posttarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 bezeichneten Waren ist für das abgelaufene Rechnungsjahr an den hinterbliebenenversicherungsfonds nichts abzuführen gewesen. Bei den Postabfertigungen im Reichstage wurde seinerzeit die Summe, welche man dem Fonds aus dem Ertrag der Lebensmittelzölle würde zuweisen können, auf 70—80 Millionen Mark pro Jahr berechnet. Schon im vorigen Haushaltjahr wurden es nur 22 Millionen, und im letzten ist es gar nichts geworden. Das Zentrum hat also eine Verteuerung der Lebensmittel herbeigeführt, aber die von ihm befreite Versorgung der mittellosen Hinterbliebenen der Arbeiter kann nicht verwirklicht werden, wenngleich nicht in dem Maße, wie die Wähler des Zentrums es nach den ihnen gemachten Versprechungen erwartet durften. Also wieder eine Enttäuschung an den bilden, die ihnen das Zentrum bereitet hat. — Folgende Steuer brachten Mehrerträge: die durch die letzte Stengelsteife Reichsfinanzreform eingeführte neue Zigarettensteuer 2 087 000 M., die Zuckertaxe 8 404 000 M., die Salzsteuer 1 774 000 M., die Schaumweinsteuer 474 000 M., die Brauerei 10 844 000 M., der Spielskortenstempel 71 000 M., die Wechselseitige 2 407 000 Mark, der Frachtfundstempel 114 000 M., die Statistische Gebühre 145 000 M.

Dagegen sind in ihren wirklichen Erträgen gegen die Vorschläge des Staats zurückgeblieben: die Zölle um 3 664 000 Mark, die Tabaksteuer um 900 000 M., die Reichstempelabgaben für Personalaufzehrung um 12 437 000 M., für Erlaubnisabgaben für Kraftfahrzeuge um 816 000 M. und für Vergütungen an Mitglieder der Aufsichtsräte um 4 598 000 M. sowie die Erdgassteuer um 8 801 000 M.

Auch verschiedene andere Staatsposten schließen ziemlich ungünstig ab. Von den Betriebsverwaltungen hat nur die Reichseisenbahnenverwaltung einen Mehrertrag gegen den Vorschlag gebracht, und zwar 4 728 000 M. Reichspost- und Telegraphenverwaltung sind um 8 188 000 M. und die Reichsdruckerei um 24 000 M. hinter dem Vorschlag zurückgeblieben. Dagegen sind die Einnahmen aus dem Bankwezen um 13 514 000 M. höher gewesen als der Vorschlag.

## Soziales.

Das Weberelend scheint sich jetzt besonders im sächsisch-thüringischen Webereibezirk breit zu machen. Ein alter Weber, der in einer Weberei in Ronneburg (S.-H.) beschäftigt ist, hat, bei verschiedenen sozialdemokratischen Tagesblättern aufgezogen, über die Lage der dortigen Weber Angaben gemacht, die an das sprichwörtlich gewordene schlechte Weberleben lebhaft erinnern. Der Mann hat am letzten Lohnabend mit 5 M. nach Hause gehen müssen. Am Sonntagmittag hat er mit seiner Familie für 20 Pf. Fleisch gekauft. Doch lassen wir den Weber selber reden:

„Es mag wohl vieleorts der Fall sein, daß die Weber einen auskömmlicheren Lohn zu verzeichnen haben, d. h. sogen. verdienend, daß sie sich fast essen können, etwas auf die hohe Kante zu legen, wird wohl, wenn der Mann allein verdienen muß, nicht mehr der Fall sein. Ich bin seit einem halben Menschenalter Weber, seitdem berheiratet und gehöre noch nicht zu den schlechtesten Verdienern. Eine Reihe von Jahren arbeitete auch meine Frau mit in der Fabrik, aber trotzdem sind wir nie in die Lage versetzt worden, einen Pfennig sparen zu können. Es lange immer nur dazu, den wirtschaftlichen Unterhalt zu begleichen und sich halb fast zu essen. Dabei war aber der Lohn immer besser als gegenwärtig. Seit 1½ Jahren ist es ein wahres Glück und mir graut sie, an die Arbeit zu gehen. Wer bis fünf Tage muß man mitunter auf Ketten warten, oft auch gar einen oder zwei Tage nach Hause gehen, weil es keine gibt. Bekommt man endlich Ketten, dann ist es für welche, schlechte Garne, mitunter reiner Binder, meistenteils mehr hämische, eine Kummer ist stets dabei, die nichts taugt. Ist die Kette wirklich einmal nicht schlecht, so laugt bestimmt der Schuh nichts. Und dabei soll man gute, tacllose Ware liefern. Ist das nicht der Fall, so regnet es Geldstrafen und mitunter nicht zu knapp. Lieferst der Weber ein Stück, und der Warenhauer findet einen Fehler, so wird der Weber verantwortlich gemacht, selbst wenn die Schuld den Weißer trifft. Handelt es sich gar um einen organisierten und „rot“ angestrichenen Mann, dann wehe ihm. Gewöhnlich hat der hurrapiatistische Warenhauer dann schon vorher Direktor, Verfasser und Büchmeister zitiert, die dann mit vereinten Kräften vierzigmal auf den Arbeiter und seinen „Lappen“ einhauen. Aus Miß von Wolle und Garn soll der nämlich fehlerfreie Ware heren können. Wenn dagegen ein „Gelber“ einen Fehler in seinem Stück hat, so ist das nicht halb so schlimm, der wird selten belangt, da kommt der Warenhauer an die Stühle und sagt es ihm mündlich, oder die Mitteilung wird auf dem Heimwege gemacht.“

Ist es schon eine Kunst, aus gutem Material ein fehlerfreies Stück zu liefern, so ist es bei schlechtem Garn, auf zwei Stühlen, und noch dazu im Allsort, rein unmöglich. Die üblichen Löhne betrugen jch 5 bis 10 M. pro Woche. Doch gibt es tatsächlich Ausnahmen, die 20 M. und darüber verbreiten. Würde man das auch einmal, so bekommt man zur Antwort: „Solche Stühle können nicht mehr einzurichten werden.“ Damit basta!

Die Gründe, daß der Geschäftsgang gerade jetzt so schlecht ist, liegen wohl in der Konjunktur, die im Niedergang befindet ist. Man hört wohl allerlei Vermutungen von dem Einlauf schlechter Garne, von der durch den Posttarif erheblich verteuerten Wolle, sogar von dem Ausrauschen der „roten Elemente“, aber das sind nur alles Phantasymäriten. Bei Vollbeschäftigung können auf den 884 Webstühlen 192 Arbeiter beschäftigt werden. Gegenwärtig arbeiten aber unter 100 Stühlen 70 Leute, also die Mehrzahl auf nur einem Stuhl, und daraus sind die Hungerlöhne zu erklären. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn die Leute trockenes Brot essen und an Fleischlost „nicht gewöhnt sind“. Seht man demgegenüber die Gehälter des kaufmännischen Personals und der Lagerarbeiter, deren Monatsgehalt 100 bis 200 M. und darüber beträgt, so hat man ein Bild von der Lage und findet wieder, daß die Wehrwerkskonkurrenten viel besser als die Wehrwerkproduzenten leben, die letzteren aber die Kosten zu tragen haben.

Um dem Leser einen erstaunlichen Beweis über die Wahrheit dieses Weberlebens zu führen, sollen nachstehend noch zwei Lohnstatistiken folgen, deren Zahlen Wahrde reden. Es handelt sich um ein vorangegangenes gutes Jahr und um das

12,05, 18,80, 6,30, 14,75, 12,65, 12,45, 6,30, 6,15, 13,00, 13,95, 9,50, 14,55, 11,10, 13,50, 12,60, 8,50, 9,—, 5,—, 11,45, 9,—, 6,45, 5,80, 13,10 M.

Das ist in dem guten Jahre ein Verdienst von 722,48 Ml., und im letzten Jahre ist der Januarmlohn von 542,40 Ml. zu verzeichnen. Davon werden pro Woche noch 40 Pf. Krankengeld und Ausläuferrente abgezogen, wofür im Falle der Krankheit es das Kärtchen anstrengender ist. Aber wir leben auch in den besten der Welten!

**Gewerbliche Rechtsprechung.** Ist eine Arbeitsordnung rechtmäßig, die den Arbeiter verpflichtet, nach vorheriger 14-tägiger Probezeit mindestens ein Jahr lang im Arbeitsverhältnis zu bleiben? Man sollte diese Frage mit Recht vernichten dürfen, denn es muß als wider die guten Sitten verstörend betrachtet werden, wenn ein Arbeitgeber durch einen Vertrag einen Arbeiter auf ein Jahr an sich zu fesseln sucht, ohne denselben gewisse Arbeitsbedingungen für diesen Zeitraum zu sichern. Die hier in Frage kommenden gerichtlichen Zustanzen entschieden jedoch anders. Der Sachverhalt war folgender:

Der jugendliche Tüpfarbeiter W. trat im Frühjahr 1901 bei einer Firma in M. Gladbach in Arbeit und wurde in der Spinnerei an den sogenannten Reihen beschäftigt. Nachdem W. einige Monate gearbeitet hatte, trat dasselbe nach vorheriger Kündigung aus und verlangte im Wege der Klage bei dem Gewerbegericht M. Gladbach von der Firma die Auszahlung des noch rückständigen Lohnes sowie die Herausgabe der Arbeitspapiere. Die Firma bestritt die Antragsforderung und bat widerklagend, den W. zu verurteilen, daß bei ihr angestellte Arbeitsverhältnisse ein Jahr lang, nämlich bis zum 28. März 1903, auszuhalten, mit der Behauptung, daß Kläger verpflichtet sei, mindestens ein Jahr lang bei ihr in Arbeit zu bleiben, weil § 3 ihrer Arbeitsordnung vorschreibe:

"Jedem neu aufgenommenen Arbeiter steht während der ersten 14 Tage, welche als Probezeit betrachtet werden, täglich der Auszug sowie dem Arbeitgeber die Entlassung frei; alsdann ist der selbe aber verpflichtet, ein Jahr lang ohne Unterbrechung in dem angestellten Dienste zu bleiben und kann selbstredend auch der Arbeitgeber vor Ablauf dieser Zeit ebenfalls nicht kündigen."

Kläger forderte diese Bestimmung der Arbeitsordnung als gegen die guten Sitten verstörend an, und machte geltend, daß die eintretenden Arbeiter eine derartige lange Bindung nie beobachteten und die Arbeitsordnung gar nicht oder erst dann anzusehen, wenn es zu spät sei; auch bei die Bindung durch § 3 fälschlich einseitig, da der Arbeitgeber es in der Hand habe, durch schlechte Bezahlung, Ausweitung schlechter Materialien und schlechter Preise, Regelung des Altersdlohns usw. den Arbeiter zum Verlassen der Arbeit indirekt zu zwingen.

In zweiter Linie hütigte Kläger die Vertragsauflösung auf § 121a der Gewerbeordnung und führte als wichtige Gründe: Verhärtigung an den gefährlichen Kräften, schädliche Gesundheit und zu geringen Leben.

Viele Juristen haben die Klage abgewiesen und nach dem Widerklageantrage erkannt.

Das Landgericht Düsseldorf urteilte, wie "Das Gewerbe- und Kaufmannsrecht" mitteilte, folgendermaßen:

Die Arbeitsordnung ist ordnungsmäßig durch Aushang erlassen, also formell nicht zu beanstanden. Aber auch in sachlicher Hinsicht ist der Angriff des Klägers gegen die Rechtmäßigkeit des § 3 ungerechtfertigt. Der Arbeiter wie auch der Arbeitgeber sind für ein Jahr gebunden und kann dieser Zeitraum nicht als ein übermäßig langer bezeichnet werden, zumal die 14-tägige Probezeit und die gesetzlichen Auflösungsgründe dabei zu berücksichtigen sind. Die Gewerbeordnung geht selbst davon aus (vergleiche die §§ 128 bis 128a und 134), daß Verträge für eine längere Dauer abgeschlossen werden, und nach § 130a der Gewerbeordnung soll die Lebzeit sogar drei Jahre betragen. Nach der Ansicht des Gerichts verläuft deshalb der in Rede stehende § 3 nicht gegen die guten Sitten. Die Beweisaufnahme hat auch deutlich ergeben, daß die Arbeitsordnung dem Kläger kurz nach seinem Eintritt in geeigneter Weise angeboten worden ist, daß er jedoch ihre Annahme verwirgerte. Er handelt deshalb gegen Treu und Glauben, wenn er jetzt darauf beruft, daß ihm die Arbeitsordnung nicht behändigt worden sei. Die Zeugen beluden aber weiter, daß der Kläger die Arbeitsordnung am 20. April 1904 tatsächlich in Empfang genommen hat. Die 14-tägige Probezeit muß deshalb mindestens von diesem Tage ab gezählt werden, jedoch hat eine Kündigung innerhalb dieser Zeit nicht stattgefunden.

Das Landgericht Düsseldorf schien darauf Gewicht zu legen, daß der Arbeitgeber ja ebenfalls an den Vertrag gebunden sei, den Arbeiter also nicht mehr nach Ablauf der Probezeit entlassen könne, wenn er mit seinen Leistungen nicht mehr zufrieden sei. Jugenddeutschland war aber der hier in Frage kommende Arbeiter Altarbeiter, der auch bei schlechtem Material soviel leisten mußte, daß er auf einen Lohn kam, mit dem er seine Bedürfnisse lediglich befriedigen konnte. Der Unternehmer konnte hier nur schwer in die Lage kommen, mit dem Arbeiter unzufrieden zu werden, doch könnte das Gegenteil um so eher eintreten, wenn der Unternehmer den Arbeiter mit schlechtem Material versorgte. Die Vertragsbedingungen waren also wohl scheinbar, aber nicht in Wirklichkeit gleich, und deshalb hätten die Gerichte unseres Erachtens nach dem Vertrag sehr wohl als wenn nicht gegen die guten Sitten, so doch gegen die Gewerbeordnung verstörend ansehen können, wenn die formell ganz einwandfreie Fassung des Vertrages dem nicht entspräche. Es bleibt bei dieser Sache nichts weiter zu tun, als die Kollegen zu warnen, in Betrieben Arbeit anzunehmen, wo derartige sie einseitig schädigen können Arbeitsordnungen in Geltung sind.

## Gerichtliches.

**Streitbrecher zu Konventionalstrafe verurteilt in — der Schweiz.** Im April dieses Jahres streikten die Handwerker in einer gewissen Zahl in Basel, unter denen sich auch Metallarbeiter befanden. Bei Ausbruch des Streiks unterzeichneten sie einen Verpflichtungschein, nach dem jeder von ihnen im Falle des Streits 100 Frank Konventionalstrafe, und den Betrag der erhaltenen Unterstützung an den Schweizer Metallarbeiterverband zurückzuzahlen hätte. Es wurden in der Tat mehrere zu Streitbrechern, und das Basler Gericht hat nun 4 derselben zur Zahlung von je 108 Frank, 121 Frank, 110 Frank und 115 Frank an den genannten Verband verurteilt, ferner haben sie die Prozeßkosten zu bezahlen. Das Streitbrecherverdikt wird so etwas kostspielig.

**Christliche Charitas in Theorie und Praxis.** I. Seid herzlich, wie auch euer Vater im Himmel harmherrig ist. (Klaus 6, 86.) Erbarmen gegen alle armen und hilfsbedürftigen Menschenkinder fordert der Herr. Erbarmung aber ist Liebe, die ein Herz hat für das Leid und den Schmerz des Nächsten. (Aus der Hundertundsechzigstens fünfsigsten Nachricht von dem Göttinger Waisenhaus.)

II. „Wahllose“ Körperverletzung eines ihr angetrauten elfjährigen Waisenkinds. Wegen dieses Deliktes hatte sich vor dem Schöffengericht zu Göttingen die Inspektorin des dortigen Waisenhauses, Frau Katharina Bosse, zu verantworten. Die Angeklagte hatte das Kind Else Seebode, das nach der Ermodung seines Vaters dem Waisenhaus gezeigt worden war, wie eine Kurié mit dem Rohrstod bearbeitet, so daß der Körper des mit der Blutunterlauffleidung verseuchten Kindes über und unter dem linken Auge das „Bergehen“ der Else, das so hart bestraft wurde, bestand darin, daß sie nach Schulabusus wiederholt zu ihrer Mutter gelassen war, wodurch sie nach ihrer Aussage der Hunger trieb. Sie will die verhauerte Leberwurst der Anstalt nicht hinuntergekriegt haben. Es handelt sich um meist einzelmäuse der

Anstalt geschenkte Würste, die nebst den Daten und Urhebern der Schenkung in dem Bericht der Anstalt verzeichnet sind und die, wie die bekannten geschenkten Güter, nicht immer darauf geprüft werden mögen, ob sie 1. Qualität sind. Unmittelbar vor der Büchigung hatte die Bosse Else in einem alten Raum des Waisenhauses gesteckt. Aus diesem Kerker befreit, war das geängstigte Kind vor der mit einem Rohrstod vor ihm stehenden und „egemplarische Büchigung“ androhenden Frau geflüchtet und hatte sich dieser dann erwehrt, indem es sich zu Bodenwarf und mit den Beinen stampfte. Dadurch will die Bosse gereizt worden sein. Der Vorwurf, den der Strafanzeige erstattet hatte, nannte die Büchigung eine brutale Misshandlung, wie er sie sich nicht einmal gegen seinen Hund erlaubt würde. Mässenlehrer und Schulrektor der Else erklärten, daß sie „so nicht zulässig wären“, die seit ihrer Entlassung aus dem Waisenhaus anders, besser geworden. Der Sachverständige stellte eine, zumal bei einem Mädchen, „außergewöhnliche Büchigung“ fest. Der Waisenhausvorsteher, ein geistlicher Professor, fand, das Büchigungsbrecht sei nicht überschritten. Das Urteil lautete auf 40 Mark Geld-„Strafe“.

## Aus Unternehmertreffen.

Die Reichenbacher Fabrikanten treten dem „Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien, E. V., Leipzig“, bei. Das folgende Buletin wird verhandelt:

P. P.

Die ergebnist unterzeichneten Firmen geben Ihnen hiermit bekannt, daß sie am 1. August d. J. Mitglieder des Verbands Sächsisch-Thüringischer Webereien, E. V., Leipzig, geworden und von diesem Zeitpunkt ab zur Einführung und Einhaltung der von diesem Verband festgelegten Verkaufs- und Lieferungsbedingungen verpflichtet sind, von denen ein Exemplar hier beigelegt ist.

Reichenbach und Ober-Reichenbach, am 10. August 1907.

Hochachtungsvoll:

J. F. Beck, Reichenbach, J. Beutler, Reichenbach, C. F. Dürr, Reichenbach, Elsner u. Co., Reichenbach, Paul Franke, Reichenbach, C. Grabner, Reichenbach, Th. Liskowitsch u. Co., Reichenbach, August Paul, Reichenbach, August Weiß u. Co., Reichenbach, Paulus Paul, Reichenbach, Joh. Schreyer u. Co., Reichenbach, Schmidt u. Söhne, Reichenbach, Gebrüder Schreyer, Reichenbach, Stöckel u. Richter, Reichenbach, Trochisch u. Sohn, Reichenbach, Herm. Schreyer jun., Ober-Reichenbach, Gebrüder Walther, Ober-Reichenbach.

Hoffentlich tun nun die Textilarbeiter in Reichenbach i. W. das Gleiche und treten alle so einmütig wie ihre Unternehmer dem Deutschen Textilarbeiterverband bei.

**Garn-Konvention.** Zwischen dem Verband der Kurzwaren-Großhändler und der Vereinigung Berliner Detailgeschäfte der Textilbranche sind Verhandlungen eingeleitet worden zwecks gemeinsamen Verantreffens an die Räbhaberfabrikanten. Es soll eine Garnkonvention angestrebt werden, um einheitliche Zahlungsbedingungen, Regelung der Preise usw. zu erzielen. Da ist also wieder ein neuer Schritt in der Entwicklung begriffen.

## Aus Handel und Industrie.

Was verbietet ein Posamentiermeister? Über diese Frage gibt die Verbandszeitung der deutschen Posamenten-Industrie in ihrer Nr. 23 vom 1. September 1907 einige Auskunft:

Sie sagt:

Rechnen wir an, Fabrikant A. beschäftigt in seinem Betrieb 15 Personen, und zwar 5 Gehülfen und 10 Mädelchen, dadurch entstehen ihm:

Betriebsunkosten pro Anno:

An Miete für Fabrikräume . . . . .	1 500 Ml.
Heizung derselben . . . . .	150
Beleuchtung . . . . .	130
Krankenfassen- und Invaliditätsfassen-Beiträgen . . . .	260
Posto für Versand und Briefe (der Versandgesch.) . . . .	800
Gutschrift und Feuerversicherung . . . . .	110
Für Reisekosten, da der Chef zweimal im Jahre die Rundfahrt besucht und Druck- und Reisekosten . . . .	2 000
Lohn für Haushilfskräfte . . . . .	900
An diverse Ausgaben: für Ergänzungen, Trinkgelaber und sonstiges, was im Betriebe nötig . . . . .	250
Summa . . . . .	5 900 Ml.

Vorstehende Summe sind A. an Betriebsunkosten entstanden, welche auf nachfolgende Summe verrechnet werden müssen, wie folgt:

An Arbeitslohn für 5 Gehülfen und 10 Mädelchen pro Anno. 18 000 Ml.

Materialverbrauch pro Anno . . . . . 15 000

Hierzu Betriebsunkosten (obige) . . . . . 5 900

Netto . . . . . 38 900 Ml.

Hierzu Verdienst, Aufschlag von 80 Prozent. . . . . 10 170

Mithin wurden produziert an Waren für . . . . . 44 070

Hierzu verbleiben am Lager für . . . . . 3 000

Mithin ein Umsatz pro Anno von . . . . . 41 070

Daraus ab obiger Nettobetrag . . . . . 38 900

Verbleiben ein Verdienst von . . . . . 7 110

Von diesen 7 110 Ml. werden dann noch 1 000 Ml. für Verlust- und Prozesskosten abgerechnet, so daß nach dieser Rechnung ein Gewinn von 6 110 Ml. verbleibt; in Wirklichkeit verbleibt aber ein weit höherer Gewinn. Der Rechenkünstler der Posamenten-Industrie hat nämlich die 3 000 Ml. vergessen, für welche er verkauft. Wäre die 3 000 Ml. die 30 Proz. Aufschlag, abrechnen, so repräsentiert die in dem Jahre produzierte, aber noch unverkauft Ware, die auf Lager liegt, noch einen Wert von 2100 Ml. Diese 2100 Ml. gehören unbedingt zum Gewinnbestand, denn aus der ganzen Rechnung geht hervor, daß der zu dieser Ware erforderliche Materialverbrauch und Arbeitslohn mit in Rechnung gestellt werden ist. Dann muß aber auch der in der unverkauften Ware steckende Wert abhängig der 30 Proz. Aufschlag, mit in Rechnung gestellt werden. Der Verdienst eines Posamentiermeisters mit 15 Arbeitern beläuft sich dann auf 8210 Ml. pro Jahr, oder pro Arbeiter auf 547,35 Ml. Das ist gewiß noch ein recht nettes Geschäft. Vergleichen wir demgegenüber einmal den Durchschnittslohn der 15 Arbeiter, und wir werden gleich sehen, wie gering dieser gegenüber dem Gehinde des Meisters ist. Für Arbeitslöhne sind angegeben 18 000 Ml.; das ist pro Arbeiter im Durchschnitt 866,66 Ml. oder 10½ Proz. des Gewinnes, den der Meister einsteckt. Und kommt die „Posamenten-Industrie“ und sagt, aus dieser Rechnung sei zu erschließen, daß man zahlen müsse, daß wenn das Geschäft einmal nicht so klasse, nicht noch Geld zugesetzt werden müsse. Wir meinen aber, daß aus dieser Rechnung etw<sup>a</sup>s ganz anderes zu erschließen ist, nämlich die standortlichen Hungelöhne der Arbeiter und der durch nichts gerechtfertigte hohe Gewinn des Unternehmers. Hoffentlich sorgen die Arbeiter dafür, daß hier einmal ein etwas geschickter Ausgleich vorgenommen wird.

**Baumwollfabrikaten in der Zürich.** In Zürich bestehen zwei Baumwollspinnereien, von denen die eine allerdings einige Jahre stillstand, während die andere im Jahre 1906 gegen 14 Millionen Baumwollspinnereien, deren Jahresproduktion sich auf insgesamt 1 700 000 Pfund Baumwolle belief. Die Spinnerei zu Carrefour,

welche 500 000 Pfund Garn lieferte, beabsichtigt ihre Spindelzahl um die Hälfte zu vermehren. Die Spinnerei zu Boden hatte im Jahre 1906 eine Leistung von 600 000 Pfund Garn aufzuweisen. Das in all den vorgenannten Fabriken verarbeitete Rohmaterial entstammt vornehmlich der einheimischen Baumwollzucht, und nur verhältnismäßig wenig ist amerikanischer Herkunft. In Salouini sind jedoch auch zwei Militärfabriken, von denen die eine der Firma Matius u. Co., die andere der Firma Canaris Frères gehört, eröffnet worden. Letztere verfügt über 10 Stühle, die sämtlich aus Vieh stammen.

**Weberen und Spinnereien in Mexiko.** Vor einigen Jahren wurde in Mexiko nur der ganz gewöhnlich ungebleichte Baumwollstoff (Manta) fabriziert, doch haben viele Fabriken Bleichereien angelegt und fabrizieren jetzt schon baumwollene Kleiderstoffe, Handtücher, Schlafdecken, Flanellen usw., so daß der Import in diesen Artikel sehr nachgelassen hat. Im Staate Nuevo Leon besteht drei Mantafabriken und eine Spinnerei, die auch schon die oben genannten besseren Stoffe fabriziert. Die Spinnereimaschinen werden vorzugsweise aus England importiert, Maschinen für Färbe- und Appretur aus Deutschland. Alles, was zur Bleicherei nötig ist, kommt aus England.

So sehen wir in allen Ländern, auch in den bisher zurückgebliebenen, das Bestreben, sich möglichst von anderen Ländern unabhängig zu machen und die Existenzmittel im eigenen Lande zu erzeugen. So ebnet der Kapitalismus dem Sozialismus die Wege.

## Vermischtes.

Kann ein gläubiger Christ Sozialdemokrat sein? Diese Frage beantwortete jüngst in einer Grabrede bei der Beerdigung eines Ingolstädter Genossen der Stadtgarde von St. Moritz in Ingolstadt etwa wie folgt: Ich habe in der Zeitung gelesen, daß der Verstorbene der sozialdemokratischen Partei angehört hat und ein tüchtiger Genosse gewesen ist. Es wäre falsch, wollten wir deswegen über den Verstorbenen den Stab brechen, denn die Sozialdemokratie hat auch ihr Gutes, und die Existenzberechtigung kann man ihr nicht absprechen. Der Verstorbene hat frühzeitig seinen Vater verloren. Als junger Bursche ging der Verstorbene in die Fremde, und wer wollte es ihm übernehmen, daß er sich einer Partei anschloß, die für bessere Arbeitsbedingungen kämpft. Wir haben viele Wohlfahrtsanstalten, die wir dem Andringen der Sozialdemokratie zu verdanken haben. Es schmerzt mich tief, wenn ein Lischler, Schlosser- oder Spenglergeselle an mir vorübergeht, ohne mich zu grüßen. Nicht für meine Person beansprucht ich den Kreuz, sondern den Christen soll der Christ in mir sehen. Es freut mich viel mehr, von einem Arbeiter gegrüßt zu werden, als von einem Bürgerlichen. Die Sozialdemokratie tut unrecht, wenn sie die Kirche bekämpft. Wir wollen aber hoffen, daß der Verstorbene das Gute bei der Sozialdemokratie geführt und auch gefunden hat. Ich bitte Sie, bleiben Sie der Kirche treu. Sie können ganz gut Christen und trotzdem gute Sozialdemokraten sein! — Was sagen die Christlichen zu dieser Auskunft eines Christen?

**Die Christlichen unter sich.** Der Textorismus der Berliner Fachabteilungen gegen die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften trifft nette Blüten. Aus Bous an der Saar erhält die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ folgendes Schreiben:

Am Sonntag, den 27. Juli, sah der katholische Arbeiterverein von Bous den Beschuß, wonach kein christlicher Gewerkschaftler mehr in den Verein aufgenommen werden soll, mit dem Vermerk des Präses (Pfarrer von Bous): Wie wollen uns doch keine Laus in den Pelz setzen! Ein Grund ist nicht vorhanden, kann auch keiner angegeben werden. Ich möchte nun anfragen, ob mir nicht für Sonntag, den 11. August, 80 bis 100 Exemplare der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ gesandt werden können, damit ich sie in der dann stattfindenden Protestversammlung verteilen könnte, um so wenigstens den Versuch zu machen, ein Gegengewicht gegen diese Bedrückung zu schaffen.

Für die Richtigkeit dieser Angaben zeichnet Achtungsvoll!

N. N. Bergmann.

Und diese Sippe will über Familiengewalte in der freien Gewerkschafts-



**Gauverwaltungen.**

**Gau Essl.** Kollegin Martha Hoppe-Berlin spricht in nachfolgenden Orten über das Thema: Was kann die Textilarbeiterchaft zur Verbesserung ihrer Lebenslage und insbesondere derjenigen der Arbeiterinnen tun?

Wittenheim am 14. September.  
Sennheim am 15. September.  
Niederburbach am 16. September  
Neckarzelt am 17. September.  
Gut am 19. September.  
Hedweiler am 20. September.  
Bühl am 21. September.  
Wettolsheim am 22. September.  
Winzenheim am 22. September.  
Elsmar am 23. September.  
Ingersheim am 25. September.  
Weisental am 26. September.  
Rappoltsweiler am 27. September.  
Markirch am 28. September.  
Edrich am 29. September.  
Obernehheim am 30. September.  
Erstein am 2. Oktober.  
Bischweiler am 3. Oktober.  
Überhoven am 4. Oktober.  
Kehl am 5. Oktober.

Kollegen und Kolleginnen! Es werden Euch zu diesen Versammlungen Einladungsflugblätter zugehen. Es ist Pflicht, daß diese auch richtig an die Textilarbeiter verbreitet werden. Keine Fabel darf unberücksichtigt bleiben. Wie daher jeder seine Pflicht, damit diese Versammlungen zu wahren Kundgebungen der Textilarbeiter und ganz besonders der Arbeiterinnen werden, dann wird auch bei uns die Organisation zu einem Machtfaktor werden.

Der Gauleiter: Josef Geissel,  
Mülhausen i. S., Straßburgerstr. 61.

**Gau Süd.** Die Agitationstour mit Frau Bosse-Bremen als Referentin beginnt am 2. September. Thema ist in allen Versammlungen: "Die deutsche Textilarbeiterchaft im Kampfe ums Dasein und die Stellung der Frau in der Industrie." Die Versammlungen finden in folgender Reihe statt:

Heddesheim: Samstag, den 14. September.  
Schwäb.-Hall: Sonntag, den 15. September.  
Metzingen: Montag, den 16. September.  
Calw: Dienstag, den 17. September.  
Endingen: Mittwoch, den 18. September.  
Bönnigheim: Donnerstag, den 19. September.  
Göppingen: Freitag, den 20. September.  
Schäfle: Samstag, den 21. September.  
Holzheim: Sonntag, den 22. September.  
Ebersbach: Montag, den 23. September.  
Honau: Dienstag, den 24. September.  
Unterhausen: Dienstag, den 24. September.  
Öhmenhausen: Mittwoch, den 25. September.  
Entingen: Mittwoch, den 25. September.  
Beckingen: Donnerstag, den 26. September.  
Wanneveil: Donnerstag, den 26. September.  
Reutlingen: Freitag, den 27. September.  
Rüttlingen: Freitag, den 27. September.  
Mössingen: Samstag, den 28. September.  
Taftingen: Sonntag, den 29. September.  
Ebingen: Montag, den 30. September.  
Waltingen: Dienstag, den 1. Oktober.  
Hedingen: Mittwoch, den 2. Oktober.  
Luttingen: Donnerstag, den 3. Oktober.  
Wollmatingen: Freitag, den 4. Oktober.  
Schiltach: Samstag, den 5. Oktober.

Kollegen! Die Veröffentlichung findet so frühzeitig statt, damit in allen Orten die Vorbereitungen sorgfältig getroffen werden können. Beuglich der Flugblätter und Plakate verweise ich auf das Rundschreiben vom 24. Juli. Kollegen, tut überall Eure Pflicht! Sagt Euer bestes können ein, damit die Anstrengungen der Agitation auch für den Verband lohnend werden.

Der Gauvorstand.

J. A.: Karl Schrader.

**Gau der sächsischen Oberlausitz.** Die Agitationstour von Fräulein Gadeit aus Berlin findet in der Zeit vom 2.-29. September statt. Das Thema in sämtlichen Versammlungen lautet: "Das Erwerbs- und Familienleben in der heutigen Gesellschaft". Die Versammlungen sind in folgender Weise festgesetzt:

Ebersbach: Sonnabend, den 14. September.  
Schöland: Sonntag, den 15. September.  
Eibau: Dienstag, den 17. September.  
Leuterdorf: Mittwoch, den 18. September.  
Scheffersdorf: Donnerstag, den 19. September.  
Großdrönau: Freitag, den 20. September.  
Oberoderwitz: Sonnabend, den 21. September.  
Ostritz: Sonntag, den 22. September.  
Hirschfelde: Dienstag, den 24. September.  
Zittau: Mittwoch, den 25. September.  
Reichenau: Donnerstag, den 26. September.  
Neugersdorf: Freitag, den 27. September.  
Haunberg: Sonnabend, den 28. September.  
Gebnitz: Sonntag, den 29. September.

Kollegen und Kolleginnen! Es ist Pflicht von Euch tüchtig für die Versammlungen zu agitieren.

Der Gauleiter: W. Linke.

Neugersdorf, Ritterstraße 274 D.

**Gau Vogtland.** Eine größere Agitationstour wird ab 21. September 1907 in unserem Gau stattfinden. In allen Orten finden öffentliche Versammlungen statt, in welchen die Genossin Bieh-Hamburg oder Fräulein Gewehr-Eberfeld sprechen werden. Das Thema lautet: "Die deutsche Textilarbeiterchaft im Kampfe ums Dasein und die Stellung der Frau in der Industrie".

Die Versammlungen finden in folgender Reihenfolge statt:

Reichenbach i. S.: Sonnabend, den 21. September.  
Görlitz: Sonntag, den 22. September.  
Kirchberg: Montag, den 23. September.  
Eibenstock: Dienstag, den 24. September.  
Schönheide: Mittwoch, den 25. September.  
Göda: Donnerstag, den 26. September.  
Werda: Freitag, den 27. September.  
Leubnitz: Sonnabend, den 28. September.  
Lengenfeld: Sonntag, den 29. September.  
Erfeld: Sonntag, den 29. September.  
Auerbach: Montag, den 30. September.  
Falkenstein: Dienstag, den 1. Oktober.  
Adorf: Mittwoch, den 2. Oktober.  
Döbeln: Donnerstag, den 3. Oktober.  
Wilsau: Freitag, den 4. Oktober.  
Treuen: Sonnabend, den 5. Oktober.  
Neukirch: Sonnabend, den 6. Oktober.  
Rauen: Montag, den 7. Oktober.  
Hof: Dienstag, den 8. Oktober.  
Schwarzenbach a. d. S.: Mittwoch, den 9. Oktober.  
Wainsberg: Donnerstag, den 10. Oktober.  
Helmreichs: Freitag, den 11. Oktober.  
Dresden: Sonnabend, den 12. Oktober.  
Görlitz: Montag, den 14. Oktober.  
Markt-Görlitz: Dienstag, den 15. Oktober.  
Brand: Mittwoch, den 16. Oktober.  
Bünzwiedel: Donnerstag, den 17. Oktober.  
Oberkotzau: Freitag, den 18. Oktober.

Naila: Sonnabend, den 19. Oktober.  
Panz: Sonntag, den 20. Oktober.  
Elsterberg: Montag, den 21. Oktober.  
Meerane: Dienstag, den 22. Oktober.  
Glauchau: Mittwoch, den 23. Oktober.  
Göhniß: Donnerstag, den 24. Oktober.  
Crimmitschau: Freitag, den 25. Oktober.  
Crimmitschau: Sonnabend, den 26. Oktober.  
Meerane: Sonntag, den 27. Oktober.

Kollegen, Kolleginnen! Es ist nun Eure Pflicht, in eine kräftige Agitation für die Versammlungen einzutreten, damit dieselben durch Massenbesuch sich auszeichnen und ein guter Erfolg erzielt wird.

Darum auf zur Agitation!

Der Gauleiter.

Hugo Dressel, Reichenbach i. S., Weißstr. 3.

**Ortsverwaltungen.**

**Landeshut i. Sch.** Allen Bewerbern um den Posten des Geschäftsführers diene zur Nachricht, daß derselbe besetzt ist. Den betreffenden Kollegen sagen wir besten Dank.

**Die Filialverwaltung.**

**Langensalza.** Vom 10. September an wohnt unser Kassierer Ernst Scharr in der Oelsgasse Nr. 18, part. Krankenunterstützung wird Sonnabendabend von 6-7 Uhr dort ausgezahlt. Vorsitzender ist Georg Dicksel, Niederschöfer Vorstadt 30c, II, an welchen alle für die Ortsverwaltung bestimmten Bischiften zu richten sind.

**Die Ortsverwaltung.**

**Lörrach.** Unseren Mitgliedern zur gefälligen Kenntnis, daß im Laufe der nächsten Woche die Mitgliedsbücher zur Kontrolle und Abstempelung bezirkswise eingezogen werden. Man wolle darauf achten, daß die Bücher in bester Ordnung gehalten sind und ohne Beitragsschänden den Unterkassierern übergeben werden. — Um Unregelmäßigkeiten in der Ausstellung von Zeitungen und Marken zu verhindern, muß jeder Wohnungswechsel den Unterkassierer oder dem Geschäftsführer sofort gemeldet werden. Bureauaufzählen von 9-10 Uhr mittags und von 3-7 Uhr abends Mainstr. 19.

**Poßamentierer-Konferenz.**

Zu der am 13. Oktober in Frankfurt a. M. stattfindenden Poßamentierer-Konferenz machen sich die Delegiertenwahlen notwendig. Zu diesem Zwecke sind sofort in nachstehenden Orten Brancheversammlungen einzuberufen. Orte, wo Poßamentierer sind und die auf der Liste nicht mit verzeichnet stehen, könnten nicht berücksichtigt werden, da sie dem Ruf in Nr. 33 und 34 des "Textilarbeiter" nicht die genügende Beachtung gewidmet haben.

1. Kreis, Frankfurt a. M.: 1 Delegierter; 2. Kreis, Darmstadt, Mannheim: 1 Delegierter (Wahlleiter: Joh. Hager, Darmstadt, Neue Irenestr. 22); 3. Kreis, Mainz, Wiesbaden, Worms: 1 Delegierter (Wahlleiter: Arnold Elbe, Mainz, Stadthausstr. 25); 4. Kreis, Offenbach a. M.: 1 Delegierter; 5. Kreis, Düsseldorf, Duisburg: 1 Delegierter (Wahlleiter: Adolf Kloppfleisch, Düsseldorf, Morstr. 21); 6. Kreis, Köln a. Rh.: 1 Delegierter; 7. Kreis, Elberfeld-Worms: 1 Delegierter; 8. Kreis, Hannover, Osnabrück: 1 Delegierter (Wahlleiter: B. Wojciechowski, Hannover-Linden, Leinestr. 1); 9. Kreis, Braunschweig: 1 Delegierter; 10. Kreis, Hamburg: 1 Delegierter; 11. Kreis, Niedersachsen: 1 Delegierter; 12. Kreis, Berlin: 2 Delegierte; 13. Kreis, Brandenburg a. H.: Nowawes: 1 Delegierter (Wahlleiter: Albert Busch, Brandenburg a. H., Neuhörderstr. 8b); 14. Kreis, Stettin: 1 Delegierter; 15. Kreis, Görlitz, Böhmen, Breslau: 1 Delegierter (Wahlleiter: Franz Förster, Görlitz, Poststr. 7); 16. Kreis, Magdeburg: 1 Delegierter; 17. Kreis, Leipzig: 1 Delegierter; 18. Kreis, Dresden: 1 Delegierter; 19. Kreis, Freiberg i. S.: 1 Delegierter; 20. Kreis, Chemnitz, Hohenstein-Ernstthal: 1 Delegierter (Wahlleiter: Hermann Florckius, Chemnitz, Ulserstr. 16); 21. Kreis, Buchholz i. S.: 2 Delegierte; 22. Kreis, Wittenberg i. Grizeb.: 1 Delegierter; 23. Kreis, Altenburg, S. A.: 1 Delegierter; 24. Kreis, München: 1 Delegierter; 25. Kreis, Fürth: 1 Delegierter; 26. Kreis, Weissenburg i. Bayern: 1 Delegierter; 27. Kreis, Stuttgart, Karlsruhe: 1 Delegierter (Wahlleiter: E. Pflichthofer, Stuttgart, Rosenstraße 82); 28. Kreis, Erfurt, Halle a. S., Naumburg a. S., Zeitz: 1 Delegierter (Wahlleiter: Otto Koch, Erfurt, Webergasse 22).

Wo kein Wahlleiter angegeben ist, leitet die Ortsverwaltung die Wahl. Die Wahl geschieht durch Stimmzettel, welche von den Ortsverwaltungen zu liefern sind. Die Stimmzettel sind nach der Wahl mit dem Ergebnis derselben bis spätestens 30. September 1907 an den Centralvorstand in Berlin O. 27, Andreasstraße 61, II, zu senden.

**Totenliste.****Gestorbene Mitglieder.**

**Glauchau.** Verbandsmitglied Paul Trümmer 81 Jahre alt — Nierenleiden.

**Heimbach.** Georg Wirth, Färberarbeiter, 17 Jahre alt — Magenleiden.

**Meerane.** Hedwig Reimann, 29 Jahre alt; Louis Fleischer, 65 Jahre alt.

**Neichenbach.** B. Christoph Löschner, 69 Jahre alt — Wassertrichter.

**Görlitz.** Am 2. September Gustav Potrau, 45 Jahre alt — erschossen.

**Friedland** (Bez. Breslau). Anna Zug, 43 Jahre alt — Brust- und Rippenfellentzündung.

Chre ihrem Andenken

**Streitfalltafel.**

(Notizen, die nicht für die nächste Woche neu eingesandt werden, finden keine Aufnahme mehr.)

Im Streit befinden sich bzw. sind ausgesperrt:

Blüschweber usw. in:

Eberfeld (Moh. u. Lukas).

In Bewegung ohne Streit befinden sich:

Weber (und Hülfearbeiter) in:

Rheydt (Wienands, Kastell u. Giesen).

Von den in Berlin im Streit bezw. in Aussperrung gewesenen Poßamentierern ist ein Teil noch nicht wieder eingestellt. Die Kollegen andernorts werden deshalb in ihrem eigenen Interesse dringend erucht. Berlin noch zu meiden.

Bon den ehemals Streitenden der Schuhstofffabrik in Frankenbergs sind einige noch nicht wieder untergebracht.

In der Seidenweberei von W. Schmidt & Co. in Biberach bestehen wegen Maßregelung Differenzen.

Bon den ehemals Streitenden der Schuhstofffabrik in Frankenbergs sind einige noch nicht wieder untergebracht.

In der Seidenweberei von W. Schmidt & Co. in Biberach bestehen wegen Maßregelung Differenzen.

**Versammlungskalender.**

**Auerbach.** Sonnabend, 21. September.

**Augsburg.** Sonnabend, 21. September, im "Schlossgarten".

**Berlin.** Sonnabend, 21. September, abends 8½ Uhr, im "Böhmischen Hof".

**Berlin.** Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei Böhl, Weißstr. 115.

**Berlin.** Jeden zweiten Sonnabend im Monat: Versammlungs- und Vortragsabend.

**Berlin.** (Sektion der Eltern.) Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Engel, Schelfstr. 30.

**Berlin.** (Sektion Weihensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Leiderstraße: Bahnhof.

**Berlin.** (Sektion der Schiffs- und Handarbeiter.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 9 Uhr, bei Möller, Landsbergerstr. 115.

**Berlin.** Jeden zweiten Sonnabend im Monat: Versammlungs- und Vortragsabend.

**Berlin.** (Sektion der Eltern.) Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Engel, Schelfstr. 30.

**Berlin.** (Sektion Weihensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Leiderstraße: Bahnhof.

**Berlin.** (Sektion der Eltern.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Engel, Schelfstr. 30.

**Berlin.** (Sektion Weihensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Engel, Schelfstr. 30.

**Berlin.** (Sektion der Eltern.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Engel, Schelfstr. 30.

**Berlin.** (Sektion Weihensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Engel, Schelfstr. 30.

**Berlin.** (Sektion der Eltern.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Engel, Schelfstr. 30.

**Berlin.** (Sektion Weihensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Engel, Schelfstr. 30.

**Berlin.** (Sektion der Eltern.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Engel, Schelfstr. 30.

**Berlin.** (Sektion Weihensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Engel, Schelfstr. 30.

**Berlin.** (Sektion der Eltern.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Engel, Schelfstr. 30.

**Berlin.** (Sektion Weihensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Engel, Schelfstr. 30.

**Berlin.** (Sektion der Eltern.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Engel, Schelfstr. 30.

**Berlin.** (Sektion Weihensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Engel, Schelfstr. 30.

**Berlin.** (Sektion der Eltern.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Engel, Schelfstr